PROGRAMM

Überblick

Dienstag, 18.9.2012 **Österreichische Akademie der Wissenschaften**

09:00-9:15	Eröffnung	Heinz Fassmann, Christoph Reinprecht	
09:15-10:15	Keynote	Steve Vertovec: Dealing with diversification	
10:15-10:30	Discussant	Rainer Bauböck	
10:30-11:00	Diskussion		
11:00-11:30	Kaffeepause		
11:30-13:00	Panels	Panel 1: Integrationspolitik und ihre Wirkung in Europa -Nutzen oder Hindernis?	Panel 2: Interethnic coexistance in a local urban context
13:00-14:00	Mittagspause		
14:00-16:00	Panels	Panel 1: Integration: Theorie, Geschichte, Diskurse	Panel 2: Mehrsprachigkeit im Kindergarten und im alltäglichen Leben
16:00-17:00	Pause und Posterpräsentation		
17:00-18:00	Panels	Panel 1: Integration durch Sprache? Integrationspolitik und Sprachenpolitik	Panel 2: Diversitätspolitik in europäischen Städten: Institutionen, Diskurse, Effekte

Universität Wien, Juridikum

ab 18:30

Abendveranstaltung

Mittwoch, 19.9.2012 Österreichische Akademie der Wissenschaften

9:00-10:30	Panels	Panel 1: Asyl: Legislative, Judikative, Betroffene	Panel 2: Studierende und hochqualifizierte Arbeitskräfte: Möglichkeiten und Grenzen
10:30-11:30	Pause und Posterpräsentation		
11:30-13:00	Panels	Panel 1: Evidenzbasierte interkulturelle soziale Arbeit	Panel 2: Integration durch Selbständigkeit: Unternehmerinnen mit Migrationsgeschichte
13:00-14:00	Mittag		
14:00-15:30	Panels	Panel 1: Altwerden in der Migration: österreichische und deutsche Erfahrungen im Vergleich	Panel 2: Migration als Anfrage an die Theologie
15:30-16:00	Pause		
16:00-17:00	Panels	Panel 1: Transatlantische Perspektiven	Panel 2: Irreguläre Migration: Rechte und Realitäten
17:00-18:30	Panels	Panel 1: Support and Opposition to Migration	Panel 2: International Migration and Demographic Change

Reva Akkus (Sigmund Freud Privatuniversität, Wien)

Soziale Arbeit in multikulturellen Schulen Migranteneltern als nicht ausgeschöpftes Potential bei der Förderung ihrer Kinder

Im schulischen Bereich wird das Potential von Eltern mit Migrationshintergrund für die optimale Förderung der Kinder immer noch nicht genügend genützt. Oftmals wird die Zusammenarbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund von PädagogInnen als sehr schwierig bezeichnet. Eine gelungene Partnerschaft zwischen Eltern und PädagogInnen ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Kinder. In diesem Vortrag wird aufgezeigt, dass eine professionelle Elternarbeit den kompetenten Umgang mit marginalisierten Lebenslagen (wie beispielsweise sprachliche Defizite) voraussetzt. In diesem Kontext kann die Interkulturelle Soziale Arbeit professionelle Hilfe zur Kooperation zwischen Eltern und Schule zur Förderung der Kinder im schulischen und psychosozialen Bereich leisten. Die Zusammenarbeit mit den Eltern als wichtiger Bestandteil der Schulsozialarbeit bietet den SozialarbeiterInnen die Möglichkeit, mit einer veränderten Blickrichtung die vorhandenen Kräfte und Ressourcen der Eltern zu berücksichtigen und zu fördern. Weiters können SozialarbeiterInnen den Eltern Methoden an die Hand zu geben, mit denen sie ihre Kinder sinnvoll stärken und unterstützen können. Unterschiedliche Resilienzförderprogramme bieten hierfür eine gute Grundlage, um das gemeinsame Ziel, das Kind bestmöglich gut zu fördern, zu erreichen. Im Vortrag wird auf die Ängste und auf die besonderen Bedürfnisse der Eltern mit Migrationshintergrund eingegangen und ein konkretes Resilienzförderprogramm für Eltern vorgestellt.

Helen Baykara-Krumme (Institut für Soziologie, Technische Universität Chemnitz)

Familie und Generationsbeziehungen als Potentiale erfolgreichen Alterns in der Migration

Der Familie kommt als Unterstützungsressource im Alter eine außerordentlich große Bedeutung zu. Selbst in relativ gut ausgebauten Wohlfahrtsregimen, in denen die Risikoabsicherung weitgehend von der Solidargemeinschaft übernommen wird, bleibt familiale Unterstützung durch Partner und Kinder als zusätzliche Ressource relevant. Dabei sind die Älteren nicht nur Empfänger intergenerationaler Hilfe, sondern bringen sich selbst auf unterschiedlichste Weise unterstützend in das familiale System ein.

Für ältere Migranten scheint die Familie nochmals von größerer Bedeutung zu sein, stammen sie doch vielfach aus kulturell stärker kollektivistisch geprägten Herkunftsländern mit gering ausgebauten Wohlfahrtsstrukturen, mit entsprechenden Erwartungen und Vorstellungen an die Generationensolidarität. Darüber hinaus beinhaltet das Altwerden im Migrationskontext besondere Herausforderungen, die vielfach einen erhöhten Hilfebedarf nach sich ziehen. Die soziale Benachteiligung als Folge der ‚ethnischen Unterschichtung', geringe und im Alter evtl. weiter abnehmende Kenntnisse der Sprache des Aufenthaltslandes sowie fehlende Informations- und Angebotsstrukturen seitens der für die Zielgruppe der Älteren relevanten Sozialen Dienste sind wohl die wichtigsten. Gleichzeitig haben die Kinder vielfältige eigene Verpflichtungen, erfahren selbst soziale Benachteiligung und sind (zumindest teilweise) im stärker individualistisch geprägten Aufenthaltskontext sozialisiert worden. Inwieweit können die Älteren in dieser Situation auf ihre Familie als Unterstützungsressource und –potential zurückgreifen? Und inwieweit bringen sich ältere Migranten selbst aktiv unterstützend in die Familie ein? In der theoretischen Diskussion stehen sich die Solidaritäts- und die Konfliktthese gegenüber. Sie postulieren unterschiedliche Ausgänge für die Familien- und Generationenbeziehungen in einer Migrationssituation.

Der Vortrag skizziert zunächst die theoretische Diskussion um das Altern und die Bedeutung der Familie in einem Migrationskontext. Anschließend werden in einem Forschungsüberblick zentrale empirische Befunde zur Generationensolidarität vorgestellt, mit einem Schwerpunkt auf Forschung in Deutschland und Österreich. Im dritten Teil wird die Bedeutung grenzüberschreitender Bezüge für ältere Migranten (Altern im transnationalen Kontext) herausgestellt und der Frage nachgegangen, wie sich die Generationenbeziehungen im Vergleich zu nicht migrierten Älteren im Herkunftsland darstellen. Der Vortrag endet mit Überlegungen zu den sozialpolitisch notwendigen Veränderungen, die erforderlich sind, um ein Altern in Würde in der Migration unter Nutzung der Potenziale in den Familien zu gewährleisten.

Alina Cibea, David Reichel (ICMPD)

The use of integration indicators for measuring the impact of integration policies in Europe

The implementation of integration indicators has boomed over the past years. Many European countries, municipalities as well as the European Union (EU) have developed so-called integration indicators. The main purpose of integration indicators is to measure the integration of immigrants and their descendents as well as the impact of national and local integration policies. At the level of the European Union, the importance of evaluating integration policies has been put forward several times since the Hague Programme. For this purpose Europe-wide integration indicators have been developed, aiming at "monitoring the results of integration policies in order to increase the comparability of national experiences and reinforce the European learning process".1 However, looking at the data needs and methodological requirements for conducting proper impact analysis, the question remains open regarding what kind of information the indicators actually provide and what sort of conclusions can be made on the basis of the results. Furthermore, the challenge is further enhanced by the general difficulty to measure the impact of policy measures, particularly in view of the absence of clear definitions of integration and given the different ways in which states operationalise integration.

The presentation will comparatively analyse the implementation of integration indicators in four European countries: Austria, Germany, France and the United Kingdom as well as in the EU. Based on results from research projects2 carried out at ICMPD, the policies and practices of evaluating integration policy measures with special focus on the use of indicators will be explored. The presentation will also include a discussion on the data needs and methodological challenges of measuring effects and effectiveness of integration policies.

1 European Council (2010): The Stockholm Programme — An open and secure Europe serving and protecting citizens, (2010/C 115/01). 2 Mainly based on the results and research of the following two projects: "WIKAN" and "European Integration Indicators". See: http://research.icmpd.org/1605.html?&F=ygcectppuqnt and http://research.icmpd.org/2124.html?&F=ygcectppuqnt.

Julia Dahlvik (Universität Wien)

Institutionelle Einsichten: Die Bedeutsamkeit von Dokumenten im Prozess der Asylantragsentscheidung

Der Zugang der Institutionellen Ethnographie befasst sich damit, was in einem spezifischen institutionellen Kontext eigentlich vor sich geht, welche Prozesse ablaufen, wie diese funktionieren und vor allem, wie die sozialen Aktivitäten der Beteiligten koordiniert sind. Dieser Beitrag widmet sich der Arbeit von Referent_innen einer Zweigstelle des österreichischen Bundesasylamtes und untersucht, welche alltäglichen Prozesse und Interaktionen zwischen den diversen Akteuren stattfinden. Im Zentrum der Untersuchung steht daher der Nexus von koordinierten Arbeitsprozessen und Handlungsabläufen innerhalb der dem Innenministerium zugehörigen Institution des BAA. Ein Fokus der IE liegt dabei auf der Bedeutung von Texten und Dokumenten, da davon ausgegangen wird, dass die Produktion von Koordination und Macht zunehmend textbezogen ist. (Smith, 2006) Die Abhängigkeit von textbasierten Diskursen und Wissensformen wird als ein wesentliches Element der herrschenden Praktiken betrachtet. Neben dem persönlichen Kontakt mit Asylwerber_innen im Rahmen von Einvernahmen ist die Arbeit der Referent_innen hauptsächlich textbasiert – und der Akt ein zentrales Element des Asylverfahrens. Der Akt ist als Verkörperung eines Rechtsstreits der Beginn und das Ende eines Verfahrens; darin werden die verfahrensrelevanten Daten und Fakten gesammelt, die chronologisch geordnet und jederzeit abrufbar sind. Dokumentiert werden dadurch aber auch die Arbeitsschritte und Handlungsabläufe, ebenso wie die Interaktion der verschiedensten Akteure innerhalb und außerhalb der Institution der staatlichen Verwaltung. Während eine permanente Selektion stattfindet – was wird dokumentiert, was nicht? – zählt in der Regel nur das Dokumentierte; und es zählt meist mehr als die Aussage der betroffenen Person. Es wird einerseits analysiert, welche und wie Textdokumente hergestellt werden, anderseits aber auch wie sie benützt werden und wie sie funktionieren. Auch die Zirkulation von Dokumenten spielt hierbei eine wesentliche Rolle, da Kontakt- und Kommunikationsmuster Hinweise auf soziale Machtverhältnisse geben, und so die Grenzen eines sozialen Netzwerkes abstecken. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass Institutionen Fälle durch ihre Reduktion auf Akten verdinglichen. (Flestiner/Abel/Sarat 19080-81) Im Rahmen zwischenmenschlicher Interaktion können Dokumente allerdings auch zu aktiven Akteuren werden, die rekrutiert, manipuliert, verachtet oder versteckt werden. (Prior, 2004; zur Bedeutung von Artefakten als Aktanten siehe auch Latour, 2002) In diesem Beitrag geht es darum, das regelgeleitete, routinemäßige Handeln von Personen zu erforschen, die folgenschwere Entscheidungen treffen und dadurch gleichzeitig Fakten, Artefakte und (rechtliche) Status produzieren. Der Beitrag stützt sich auf die im Rahmen meines (noch laufenden)

soziologischen Dissertationsprojektes durchgeführte Forschung, basierend auf der Analyse von teilnehmender Beobachtung und Interviews sowie Dokumentenanalyse.

Rudolf de Cillia, Niku Dorostkar (Institut für Sprachwissenschaft, Universität Wien)

Integration und /durch „Sprache“

Sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch im offiziellen Politikerdiskurs wird Österreich als Staatsnation", "Willens- und Konsensualnation“ konzipiert, für deren Selbstverständnis die gemeinsame Staatssprache nicht relevant ist. Ähnliche Befunde ergeben sich bei sozialwissenschaftlichen Umfragen. Dem gegenüber steht eine Entwicklung seit den 1990er Jahren, in der im politischen Diskurs, v.a. in Wahlkämpfen, zunehmend Deutschkenntnisse von Zuwanderern und insbesondere StaatsbürgerschaftswerberInnen als Integrationsvoraussetzung verlangt werden. Parallel dazu wurde eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen gesetzt, die diesen Forderungen entsprechen: die gesetzliche Verankerung des Nachweises von Deutschkenntnissen für die Staatsbürgerschaft im Jahr 1998 („Den Lebensumständen entsprechende Kenntnisse der deutschen Sprache“) und die Verschärfungen der betreffenden Bestimmungen in den Jahren 2006 (Niveau A2 des GERS) und 2011 (Niveau B1). Zu den zentralen sprachenpolitischen Ereignissen in diesem Zusammenhang zählen außerdem die Einführung verpflichtender Deutschkenntnisse für den dauerhaften Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen durch die „Integrationsvereinbarung“ im Jahr 2003 (Niveau A1 des GERS) und die Anhebung der Anforderungen 2006 (A2) und 2011 (B1) sowie die Einführung der Anforderung A1 vor Zuzug. Der vom Wiener Ansatz der diskurshistorischen Methode ausgehende Beitrag analysiert einerseits Diskursfragmente aus dem öffentlichen Diskurs (Gesetzestexte, Medientexte, Wahlpropaganda) und halböffentlichen Diskurs (Gruppendiskussionen, Interviews, Online-Forenpostings), in denen Deutschkenntnisse – in einer monolingualen Perspektive häufig verkürzt mit „Sprachkenntnissen“ gleichgesetzt – als Voraussetzung für Integration thematisiert werden, und deren interdiskursive und intertextuelle Zusammenhänge. Andererseits wird der Diskurs in Bezug gesetzt zur Entwicklung der institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen in den letzten 15 Jahren und zu den tatsächlichen sprachlichen Verhältnissen in Österreich.

Umut Erel (Open University, UK) Cultural and Social Capital as Factors in Migrant Women's Self-Employment

This paper brings a theoretical perspective of social and cultural capital to the study of female migrant entrepreneurs. Based on a biographical case study of a female migration pioneer from Turkey in Germany, the paper explores how social and cultural capital can be mobilized as analytic tools for understanding what encourages, enables, hinders the realization of migrant women's skills and projects of self employment. The paper argues that migration- specific cultural and social capitals are created with reference to multiple fields both within the place of origin and the place of settlement. In the country of settlement, ethnic minority groups, ethnically majoritarian professional groups and others participate in the valorization or devaluation of migrants' cultural and social capital. These processes need to be explored through the intersecting power relations of gender, class and ethnicity. Through a focused reading of the biographical narrative of a self-employed migrant woman in Germany, the paper shows how gendered power relations can work to marginalize women from ethnically specific social capital on one hand. On the other hand, migrant women can also mobilize particular classed, ethnicized forms of femininity as a form of cultural capital that can activate ethnically specific social capital. This in turn can be used for their projects of self employment.

Mi-Cha Flubacher (Institut für Sprachwissenschaft, Universität Bern)

Der Erwerb der Ortssprache als Voraussetzung und Indikator von Integration: Eine kritische Analyse von integrationspolitischen Diskursen in der Schweiz.

Wie in Österreich hat sich in der Schweiz im Bereich der Integrationspolitik seit den 1990er- Jahren ein Paradigmenwechsel vollzogen, der vermehrt auf den Spracherwerb seitens der ausländischen Bevölkerung setzt. Diese Entwicklung scheint sich auf ein doppeltes Verständnis der Sprache als zentrales Element des Integrationsprozesses zurückführen zu lassen. Zum einen wird die Sprache metaphorisch als Schlüssel zur Integration konzipiert, d.h. der Erwerb der lokalen Sprache wird als Voraussetzung für jegliche Form der Integration verstanden. Zum anderen fungieren die (nicht-)vorhandenen Sprachkenntnisse als eigentlicher Indikator einer (nicht-)erfolgten Integration. Diese Fokussierung auf die Sprache bewegt sich jedoch nicht nur auf einer rein diskursiven, sondern auch auf einer gesetzlichen Ebene, was materielle Konsequenzen für die betroffene ausländische Bevölkerung (ausgenommen von den neuen integrationspolitischen Anforderungen sind EU/EFTA- Angehörige und Hochqualifizierte) mit sich bringt. Dies bedeutet konkret, dass Sprachkenntnisse in der Ortssprache nicht mehr nur als Voraussetzung für den Erwerb der Staatsbürgerschaft erwartet werden, sondern vermehrt auch für die Gewährung der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung. In meinem Beitrag präsentiere ich eine kritische Analyse dieser metasprachlichen Diskurse der Integrationspolitik, die in mehreren Gesetzesartikeln Eingang gefunden und zu einer integrationspolitischen Verschärfung geführt haben. Um zu verstehen, wie, wieso und unter welchen Bedingungen diese diskursive Verschiebung der Integrationspolitik stattgefunden hat, werden die entsprechenden Protokolle der Debatten des Schweizer Parlaments einer kritischen Diskursanalyse nach Foucault unterzogen. Dabei zeigt sich nicht nur, dass die Metapher „Sprache ist der Schlüssel zur Integration“ vom Moment ihrer Einführung in die Schweizer Politik von PolitikerInnen und Bundesrat rezipiert und reproduziert wurde, sondern auch, dass im Rahmen dieser Debatten keine Reflexion zur Bedeutung der Metapher stattgefunden hat. So gab es zum Beispiel keine politische Auseinandersetzung darüber, wofür der Terminus „Sprache“ steht. Gerade in Bezug auf die in der Deutschschweiz vorherrschende Diglossie mit zwei im Alltag benutzten Varietäten wäre dies durchaus ein integrationspolitisch relevanter Punkt. Der Vortrag soll jedoch nicht nur die diskursiven Lücken aufzeigen, sondern vielmehr die mit solchen Lücken zusammenhängenden Konsequenzen kritisch beleuchten, die zu einer derartigen gesetzlichen Verfestigung der funktionellen Aufladung von Sprache in Bezug auf die Integration geführt haben.

Ines Garnitschnig, Wilfried Datler, Rudolf de Cillia, Ewelina Sobczak, Regina Studener-Kuras, Katrin Zell (Zeit!Raum – Verein für soziokulturelle Arbeit, Forschungskindergarten)

Spracherwerb und lebensweltliche Mehrsprachigkeit im Kindergarten. Einstellungen und Handlungsweisen von Eltern und MitarbeiterInnen an Wiener Kindergärten im Spannungsfeld von Alltagshandeln, pädagogischen Strategien und gängigen sprachenpolitischen Diskursen

Im Rahmen des zweijährigen Forschungsprojekts „Spracherwerb und lebensweltliche Mehrsprachigkeit im Kindergarten“ wurden Bedingungen und Möglichkeiten sprachlicher Bildung von Kindern vor dem Hintergrund lebensweltlicher Sprachenvielfalt im Kindergarten untersucht. Basierend auf Ergebnissen aus Spracherwerbsforschung, Mehrsprachigkeitsforschung, Sprachenpolitik, Psycholinguistik, Entwicklungspsychologie, psychoanalytischer Pädagogik und kritischer Migrationsforschung entwickelte ein interdisziplinäres Team aus Sprachwissenschaft, Bildungswissenschaft und Psychologie im Auftrag der Stadt Wien (MA 10, MA 17) ein Forschungsdesign mit dem Ziel, sprachliche Entwicklungsprozesse ein- und mehrsprachiger Kinder in multilingualen Settings im Kindergarten unter besonderer Berücksichtigung emotionaler Faktoren wissenschaftlich zu untersuchen und Wege zu ihrer optimalen Unterstützung zu erarbeiten. Die mit Ende Mai vorliegenden Ergebnisse geben unter anderem Einblicke in pädagogische Praxis und Einstellungen zu zahlreichen Aspekten von Spracherwerb, lebensweltlicher Mehrsprachigkeit und sprachlicher und kultureller Diversität unter Eltern und MitarbeiterInnen im Kindergarten. Hier werden zahlreiche Spannungsfelder und Ambivalenzen sichtbar, die von Erwachsenen ausgehend, die unterschiedlichen pädagogischen Leitlinien, emotionalen Befindlichkeiten und Diskursen folgen, den Alltag (besonders) mehrsprachiger Kinder begleiten und deutliche Auswirkungen auf ihre Bildungskarrieren haben können. Mittels vielfältiger qualitativer und quantitativer Erhebungsmethoden, u. a. detaillierter halboffener Fragebögen, Leitfadeninterviews mit MitarbeiterInnen und Eltern, Erhebungen zu Sprachstand (HAVAS 5) und Sprachverhalten (SISMIK) und unterschiedlicher Beobachtungsverfahren (Ausarbeitung einer Linguistic Landscape, Young Child Observation, Videografie), wurden zahlreiche relevante Fragen untersucht. Zudem konnten im Zuge der aktiv-reflexiv angelegten Weiterbildung von MitarbeiterInnen im Kindergarten Erkenntnisse über Zugänge zum Thema und Ansatzpunkte für Veränderungen im pädagogischen Handeln gewonnen werden. Neben den Ergebnissen der Erhebungen sollen im Vortrag, entsprechend den Zielen des Projekts, Möglichkeiten zur Förderung sprachlicher Entwicklung von Kindern vor dem Hintergrund lebensweltlicher Sprachenvielfalt im Kindergarten und relevante Aspekte des familiären Umgangs mit Spracherwerb und Mehrsprachigkeit analysiert werden. So

werden mögliche Ansatzpunkte für Veränderungen auf dem Weg zur Gestaltung eines Umfeldes herausgearbeitet, das alle Sprachen der Kinder, seien es Erst- oder Zweitsprachen, berücksichtigt und die sprachliche und emotionale Entwicklung aller Kinder fördert.

Sabine Gatt (Forschungsplattform für Geschlechterforschung, Universität Innsbruck)

Symbolic Politics matter

Sprachenpolitik als Instrument der intersektionalen Klassifikation

In meinem politikwissenschaftlichen Dissertationsprojekt „Symbolic Politics matter. Sprachenpolitik als Instrument der intersektionalen Klassifikation“untersuche ich die symbolische Vermittlung von sprachenpolitischen Maßnahmen und einhergehenden Feindbildkonstruktionen im Rahmen der österreichischen Integrationspolitik im Zeitraum von 1997 – 2011 mit Hilfe der „critical policy frame analysis“. In den Untersuchungszeitraum fallen die Einführung eines Sprachtests als Voraussetzung für die Verleihung der Staatsbürgerschaft, die Integrationsvereinbarung und die seit 2011 in Kraft gesetzte Regelung „Deutsch vor Zuzug“.

Im Vordergrund der Analyse steht nicht die direkte Wirkung des Rechts auf die betroffenen Drittstaatsangehörigen, sondern die öffentliche Vermittlung – das Framing1 – der Regelungen durch die politischen Eliten im Rahmen ihrer politischen Kommunikation. Ich gehe von der These aus, dass die Darstellung sprachenpolitischer Maßnahmen den exkludierenden Charakter der Regelungen verschleiert und intersektionale Diskriminierungen hervorbringt. Sprachenpolitik wird als Integrationsmaßnahme und emanzipatorische Strategie dargestellt und bedient sich in ihrer Vermittlung einer homogenisierenden Gruppenkonstruktion, in der Heteronormativismen, Ethnozentrismen, Klassismen, Bodyismen und Religiosizismen wirken.

Ich bearbeite folgende Fragen: Wie werden sprachenpolitische Maßnahmen im Rahmen der Integrationspolitik dargestellt und welche Gruppenkonstruktionen und Zuschreibungen sind damit verbunden? Weicht die öffentliche Vermittlung von den Zielsetzungen des Rechtstextes ab? Ist der Diskurs von Machtverhältnissen durchzogen und sind Intersektionen zu erkennen? Welche Interessen seitens der politischen Eliten sind ersichtlich? Werden die symbolischen Ressourcen der Personen, über die gesprochen wird, gestärkt? Werden sie dadurch ermächtigt? Fördert die politische Linie die Inklusion „der/des Anderen“ oder dekonstruiert sie gar den Fremdheitseffekt?

1 A policy frame is an organizing principle that transforms fragmentary or incidental information into a structured and meaningful policy problem, in which a solution is implicitly or explicitly enclosed.[...] Framing then can be seen as the process of constructing, adapting and negotiating frames.(Verloo 2005: 19f.)

Grit Grigoleit (TU Hamburg-Harburg)

Hochqualifiziert, aber schlecht integriert? – Hochqualifizierte Zuwanderinnen am deutschen

Arbeitsmarkt

Mit Beginn der „Green Card Initiative“ im Jahr 2000 ist ein Paradigmenwechsel in der

Zuwanderungspolitik in Deutschland zu verzeichnen. War diese bis dahin auf eine befristete Zuwanderung ausgerichtet, rückte seit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 die Debatte um hochqualifizierte MigrantInnen in den Mittelpunkt. Insbesondere vor dem Hintergrund des prognostizierten Fachkräftemangels in bestimmten Sektoren und Regionen, soll Deutschland attraktiver für hochqualifizierte Arbeitskräfte gestaltet werden. Die Thematik der Integration von hochqualifizierten MigrantInnen gewinnt damit zunehmend an Bedeutung. Hochqualifizierten Zuwanderern wird in der Regel eine einfache Integration in den Arbeitsmarkt beschieden, da sie über zahlreiche Ressourcen verfügen ihr hohes kulturelles Kapital zu verwerten. Da sie zudem Zugang zu besser bezahlter Arbeit haben und in der Regel eine hohe Mobilität aufweisen, scheinen sie – wenn überhaupt– in nur geringem Umfang von sozialer Ungleichheit betroffen zu sein. Die Realität erweist sich jedoch häufig als komplexer und vielschichtiger. Denn die erwünschte Zuwanderung befindet sich seit Jahren auf einem anhaltend niedrigen Niveau. Ähnlich niedrig ist auch die Beschäftigungsquote für hochqualifizierte Migrantinnen, die einer ihrem Abschluss entsprechenden Erwerbstätigkeit nachgehen. Basierend auf den empirischen Ergebnissen des BMBF geförderten Forschungsprojektes „Die Integration hochqualifizierter Migrantinnen in Unternehmen des Technologiesektors“ werden im Vortrag die Erfahrungen hochqualifizierter Migrantinnen vorgestellt. Neben strukturellen Hindernissen wie beispielsweise den Einwanderungsbestimmungen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Art und Weise des Beschäftigungsverhältnisses reglementieren, unterliegen viele Hochqualifizierte Ausschlussmechanismen aufgrund ihres Status’ als Migrant. Es zeigte sich, dass insbesondere hochqualifizierte Bildungsausländerinnen häufig Schwierigkeiten haben, ihre Qualifikationen, Fähigkeiten und Fertigkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt umzusetzen. Nahezu alle Migrantinnen sprachen zudem von Ausgrenzungsmechanismen aufgrund ihres Geschlechts und / oder ihrer ethnischen Herkunft beziehungsweise Zugehörigkeit. Trotz ihres natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Abschlusses, der gemeinhin als am Besten transferierbar gilt und des viel zitierten Fachkräftemangels in diesen Bereichen bleibt das Potenzial vieler hochqualifizierter Migrantinnen in Deutschland weitgehend unerkannt und ungenutzt.

Daniel G. Groody (University of Notre Dame, Indiana, US)

Homeward Bound: A Theology of Migration

This paper will show ways in which theology - in dialogue with other disciplines - can offer a new imagination about migration. Especially as discourse about migration gets stuck in polemical discussions about who is legal/illegal, citizen/alien, native and stranger, Daniel G. Groody will explore ways in which theology can give a way of thinking this crucial global topic of our times. It will look at how theology can offer a new way of understanding the phenomenon of migration, but at the same time how social sciences can offer new insights into theology today. At its core theology seeks to explore some of the fundamental questions of human existence and how we might look at these questions both from the perspective of migrants themselves and those who seek to understand their lives. Moreover, it seeks to explore how both theology and the social sciences can probe questions about critical problems of our times like migration in light of what it means to be human before God and migrants in this world on a journey of hope.

Regina Haberfellner (Universität Bremen)

Die Entwicklung und der Kontext der 'ethnischen' Ökonomien in Österreich - Ein Überblick

Die Struktur der ethnischen Ökonomien hat sich in den letzten 10 Jahren aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen und des EU-Beitritts der osteuropäischen Nachbarländer spürbar verändert. Der Beitrag wird einen Überblick geben über die Entwicklung der ethnischen Ökonomien in Österreich auf Basis verfügbarer Datenbestände und wesentliche Einflussfaktoren für diese Entwicklungen skizzieren. Dabei werden insbesondere die Bedeutung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur sowie von arbeitsmarkt- und integrationspolitischen Aspekten behandelt. Abschließend wird der bisherige Wissensstand kritisch beleuchtet, gerade auch in Bezug auf geschlechtsspezifische Aspekte, insbesondere die Vernachlässigung der unternehmerischen Aktivitäten von Migrantinnen, und ein Ausblick auf mögliche weitere Forschungsfragen gegeben.

Barbara Herzog-Punzenberger (Universität Salzburg)

Citizenship in einer transatlantischen Perspektive – die erwachsene Zweite Generation in Europa und den USA

Dieser Beitrag basiert auf einem Projekt, das ForscherInnen des europäischen TIES-Konsortiums, des New Yorker ISGMNY- und des IIMMLA-Konsortiums in Los Angeles zusammenbrachte, um ihre Daten zur erwachsenen Zweiten Generation vergleichend zu analysieren. Es werden jeweils die am stärksten marginalisierten Gruppen betrachtet und zwar die Nachkommen von EinwanderInnen aus der Türkei in Europa, die Nachkommen von dominikanischen EinwanderInnen in New York und die Nachkommen von EinwanderInnen aus Mexiko in Los Angeles. Der gegenständliche Vortrag soll sich basierend auf dem gleichnamigen Kapitel Fragen zu Citizenship widmen (vgl. Herzog-Punzenberger, Fibbi, Vera-Laruccea, De Sipio, Mollenkopf 2012). Nach einer Einleitung zu den Datensätze werden einige Beispiele der empirischen Ergebnisse verglichen und schließlich die Frage nach dem Konnex zu den normativen und ideellen Typologien der citizenship-Regime und Nationsvorstellungen diskutiert.

Es existierten bislang keine Daten über die unterschiedlichen Anteile der eingebürgerten zweiten Generation in den unterschiedlichen Ländern. Während es in Europa besonders bei der Geburt aber auch im Erwachsenenalter noch deutliche Unterschiede gibt und diese sind besonders groß bei den Anteilen von DoppelstaatsbürgerInnen, sind in den USA prinzipiell alle im Land geborenen Nachkommen von EinwanderInnen „citizens of the United States“, auch wenn sich die Eltern in einem undokumentierten Status befinden. Die Häufigkeiten unterschiedlicher Staatsbürgerschaftsstati der Eltern sind wiederum sehr unterschiedlich zwischen den Ländern verteilt. In allen jedoch ist der Anteil der Eingebürgerten unter den Eltern deutlich niedriger als unter den erwachsenen Kindern.

Ein weiterer Aspekt von citizenship ist das Wahlverhalten. Auf die Frage, ob die RespondentInnen bei der letzten Wahl – sei es auf nationaler Ebene oder darunter – teilgenommen hatten, waren die Antworten in den europäischen Ländern sehr unterschiedlich. Als extreme Beispiele können die äußerst niedrige Wahlbeteiligung in Österreich und die hohe Wahlbeteiligung in Schweden genannt werden.

Aufgrund der empirischen Ergebnisse in den unterschiedlichen Dimensionen von citizenship kann abschließend festgestellt werden, dass die positivsten und konsistentesten Resultate für die Zweite Generation in Schweden zu beobachten waren. Dabei gibt es eine Übereinstimmung zwischen dem citizenship Typ des ius domicilii, in dem allen BewohnerInnen nach fünf Jahren nicht nur eine rechtliche Gleichstellung zur Verfügung gestellt sondern auch eine gleichberechtigte Teilnahme an den gesellschaftlichen Ressourcen ermöglicht werden soll.

Insgesamt erhebt sich die Frage, ob sich die in citizenship Typologien erfassten ideellen und normativen Hintergründe eher mittel- bis langfristig auswirken und deshalb bei der Zweiten Generation deutlichere Spuren hinterlassen als bei ihren eingewanderten Eltern.

Felicitas Hillmann (Freie Universität, Berlin)

„Mein Beruf ist ein goldenes Armband" – migrantische Selbständige in Deutschland

Es ist eine Binsenwahrheit, dass Frauen und Männer unterschiedlich in den Arbeitsmarkt integriert sind. Dies trifft auch für die migrantischen Unternehmerinnen und Unternehmer zu. Sie arbeiten in verschiedenen Branchen, mit anderen Motiven als die Männer und sie greifen auf andere Unterstützungsnetzwerke zurück. Lange wurde der Anteil der Migrantinnen an der beruflichen Selbständigkeit negiert bzw. nicht näher erforscht. In meinem Beitrag möchte ich zunächst die Entwicklung der migrantischen Selbständigkeit mit Fokus auf die weiblichen Erwerbsverläufe skizzieren. Hierzu nutze ich sowohl die verfügbare amtliche Statistik als auch die Ergebnisse eigener empirischer Untersuchungen. In einem zweiten Schritt möchte ich gerne auf die je nach Geschlecht unterschiedlichen Konstruktionen und Bedingungen der Selbständigkeit eingehen: für wen stellt die berufliche Selbständigkeit wann eine Option dar und für wen nicht? Welche Formen der institutionellen Unterstützung gibt es für sie? Inwiefern lässt die berufliche Selbständigkeit auf eine gelungene Partizipation an der Mehrheitsgesellschaft schließen? Hierzu greife ich auf eine aktuelle Studie aus Bremen-Gröpelingen zurück.

Radostin Kaloianov

„...aller Länder, vereinigt euch!“. Das Janusgesicht der Integration

„No Integration“ lautet eine bereits einflussreiche Diagnose, die in „Integration“ die rhetorische

Spitze einer repressiven und gegen MigrantInnen gerichtete politische Maschinerie sieht. Die Besetzung von „Integrations“-Vokabularen durch politische Instanzen und gesellschaftliche Akteure, die es nicht gut mit den MigrantInnen und deren Integration meinen, ist schwer zu leugnen. Ebenso schwer zu leugnen ist aber, dass die kritische Gegenreaktion darauf die MigrantInnen, für die sie fürsprechen will, sprachlos und anspruchslos lässt, ihnen wichtige Werkzeuge der politischen Artikulation und Organisation wegnimmt, Sprachen und Ansprüche tabuisiert, nur weil diese politisch missbraucht und moralisch kompromittiert werden können.

Ich gehe zuerst zwei theoretischen integrationskritischen Diskursen nach. Der erste poststrukturalistisch geprägte Diskurs, den marxistische wie postkoloniale TheoretikerInnen ausarbeiten, will „Integration“ als staatlich gesteuertes Kontrolldispositiv gänzlich verabschieden.

Die zweite protomultikulturalistische Position, die feministische wie afroamerikanische AutorInnen vertreten, ist zwar kritisch gegenüber den diskriminatorischen Zügen liberal-politischer Integrationsregime, gleichzeitig wird hier mehr „Integration“ und vor allem eine „Integration“ der Solidarisierung und Selbstermächtigung unterlegener Gruppen befürwortet. Im zweiten Schritt zeige ich die Verankerung der beiden integrationskritischen Diskurse in gesellschaftliche Verständnissen und Praktiken von „Integration“, die mit den sozialen Stellungen von gesellschaftlichen Eliten und Unterlegenen korrespondieren und in ihren machtpolitischen, handlungspraktischen, ethischen Prämissen, aber auch Zielsetzungen, auseinandergehen.

Mit der Diskussion von antiintegrationistischen Kritiken und den entsprechenden Integrationsverständnissen will ich den Vorschlag untermauern, Sprachen, Konzepte, Logiken, Praktiken der „Integration“ nicht gleich zu verwerfen, wenn diese in der Rhetorik repressiver Machtapparate Verwendung finden. Mein Appell ist hingegen „Integration“ in der derzeit verblichenen, in Wirklichkeit aber für Protestbewegungen und Protesttheorien paradigmatischen Bedeutung von Solidarisierung und kollektiver Organisierung sozial Unterlegener zu reaktualisieren. Damit will ich darauf hinweisen, was unter den gegebenen Umständen in Österreich oder Deutschland die „Integration von MigrantInnen“ theoretisch noch bedeuten kann und praktisch umfassen muss.

Klaus Kapuy (Universität Graz)

Der sozialstaatliche Schutz für irreguläre ArbeitsmigrantInnen – das Dilemma der Staaten und Lösungsansätze

Europäische wie auch außereuropäische Bestimmungsländer von Migration sehen sich zunehmend mit dem Problem konfrontiert, wie mit irregulären ArbeitsmigrantInnen 1 in sozialrechtlicher Hinsicht umzugehen ist. Wie soll etwa auf eine schwangere Arbeitsmigrantin, die weder ein Recht hat um zu arbeiten noch ein Recht um in dem Land zu verbleiben, reagiert werden? Soll die Frau, wie jede andere Arbeitnehmerin, die Möglichkeit haben, die medizinischen Kosten rund um die Geburt erstattet zu bekommen und eine Einkommensersatzleistung für den entgangen Lohn zu erhalten oder soll sie von all diesen Leistungen ausgeschlossen sein, da sie ja ohne Zustimmung des Staates zu arbeiten begonnen hat und ohne Zustimmung im Land aufhältig ist? Staaten haben sehr unterschiedliche Zugänge gewählt um auf dieses Problem zu reagieren. Einige Staaten haben den Zielen des Fremdenrechts Priorität gegenüber den Zielen des Sozialrechts eingeräumt. Dies trifft etwa auf die USA oder die Niederlande zu, wo illegal arbeitende oder illegal aufhältige Personen, bis auf wenige Ausnahmen, von sämtlichen Sozialleistungen – Sozialhilfe wie auch Sozialversicherungsleistungen – per Gesetz ausgeschlossen sind. Andere Staaten wiederum, wie etwa Belgien oder Kanada, verfolgen keine spezifische, kohärente Politik in dieser Hinsicht. In einigen Sozialrechtsbereichen sind irreguläre ArbeitsmigrantInnen aufgrund ihres fehlenden beschäftigungs- und/oder fremdenrechtlichen Status ausgeschlossen, in anderen wiederum kommen sie für den sozialstaatlichen Schutz in Frage. Auch die Wissenschaft ist in dieser Hinsicht gespalten. Während einige AutorInnen der Auffassung sind, dass aufgrund der Arbeitsaufnahme und des Aufenthalts ohne Zustimmung des Staates sämtliche sozialstaatlichen Rechte verwirkt seien, meinen andere AutorInnen, dass dem rein formalen Status keine Bedeutung beizumessen sei und sozialstaatliche Rechte alleine schon aufgrund der physischen Präsenz auf dem Staatsgebiet und dem Menschsein begründet würden. In meinem Vortrag möchte ich, gestützt auf eine fundierte Rechtsvergleichung (Belgien, Kanada und die Niederlande) und eine gründliche Analyse des internationalen Rechts, einen möglichen Ansatz vorstellen, der bis jetzt weder von Staaten noch von der Wissenschaft verfolgt wurde: eine Bestimmung der sozialrechtlichen Position von irregulären ArbeitsmigrantInnen anhand der Ziele, der Logik und der konkreten Ausgestaltung des nationalen Sozialrechts. Mit anderen Worten, den Umgang, den nationales Sozialrecht gegenüber eigenen StaatsbürgerInnen (die in der Schattenwirtschaft tätig sind) vorgibt, wende ich auch auf irreguläre ArbeitsmigrantInnen an. Dabei wird berücksichtigt, dass die daraus resultierende sozialrechtliche Position weder den Zielen des Fremdenrechts/Ausländerbeschäftigungsrechts, noch den internationalrechtlichen

Verpflichtungen widersprechen darf. Als Ergebnis zeigt sich, dass die Anwendung der dem Sozialrecht immanenten Logik zu einem sehr differenzierten Ergebnis führt, bei welchem Ansprüche auf Leistungen nicht per se und nicht sofort begründet werden.

Brigitte Kukovetz (Universität Graz)

Wer wird abgeschoben und wer nicht?

Faktoren, die bei einer gültigen Ausweisung zur Abschiebung führen – oder diese verhindern

Abschiebungen von Menschen, die in Österreich um Asyl angesucht hatten, ist ein medial stark diskutiertes und umstrittenes Thema. Es hat den Anschein, dass das Thema zwischen den Polen des öffentlichen Interesses auf der einen Seite und den teilweise tragischen Einzelschicksale auf der anderen Seite verhandelt wird. Wie Abschiebungen in dem Kontext des breiteren Themas der Migration und Inklusion der eingewanderten Menschen einzuordnen sind und welche Bedeutung die zwanghafte Außerlandes-Schaffung für die Gesellschaft sowie für die Betroffenen selbst hat ist bisher auf wissenschaftlicher Ebene wenig bis gar nicht geklärt. Ebenso erscheint der genaue Ablauf von Abschiebungen intransparent und die damit verbundenen Bemühungen Betroffener sowie der sie unterstützenden Personen, Abschiebungen zu verhindern, sind kaum analysiert.

Die Untersuchung geht zwei zentralen Forschungsfragen nach: 1. Wie funktionieren Abschiebungen von Asylsuchenden in Österreich? 2. Warum kommen manche Abschiebungen letzten Endes nicht zu Stande? Das Thema ist gekennzeichnet durch eine sehr geringe statistische Datenlage sowie einem Untersuchungsfeld – irregulärer Aufenthalt und Polizeiarbeit – welches die Öffentlichkeit vermeidet und sich somit leichter Beobachtbarkeit entzieht. Dementsprechend rückt die Untersuchung die Interaktion zwischen den Agierenden in den Mittelpunkt. Die Erhebung und Analyse folgt der Methodik der Grounded Theory. Als Datenmaterial werden vorrangig qualitative Leitfadeninterviews herangezogen. Ergänzend werden vorhandene statistische Daten, Beobachtungsprotokolle, schriftliche Dokumente und Ausweisungsentscheide analysiert. Durch die Analyse wird deutlich, dass die Komplexität des Systems „Abschiebung“ eine Vielzahl an Varianten zulässt, wie und warum Abschiebungen trotz Ausweisungsbescheid NICHT zu Stande kommen. Es gibt eine Fülle an Einflussfaktoren, selbst wenn der stärker im öffentlichen Bewusstsein stehende Widerstand beim Prozess der Abschiebung selbst (sei es bei der Festnahme oder beim Besteigen des Flugzeuges) noch nicht berücksichtigt wird.

Vordergründung ist eine Abschiebung von den rechtlichen Bescheiden abhängig, da diese zu beurteilen haben, ob eine Ausweisung zulässig ist. Erste Analysen zeigen, dass hier nicht nur die behördliche Praxis, sondern auch das System der Rechtsvertretungen eine Rolle spielt. Auf einen zweiten Blick gibt es zusätzlich viele Faktoren außerhalb des aufenthaltsbeendenden Verfahrens.

Beispielsweise die Umstände, wann durch ein Niederlassungsverfahren ein Aufenthaltstitel erlangt werden kann, obwohl zu einem früheren Zeitpunkt eine Ausweisung gültig war. Die Analyse arbeitet heraus, welche individuellen Ressourcen der Betroffenen einerseits, und welche institutionellen oder gesellschaftlichen Faktoren andererseits hier eine Rolle spielen können.

Darüber hinaus sind Faktoren relevant, die außerhalb rein nationaler Entscheidungen liegen. Welche Rolle spielen beispielsweise bilaterale Abkommen zwischen Österreich und den Herkunftsländern, welche die Erlangung von Heimreisezertifikaten erleichtern oder erschweren können? Der Vortrag stellt die unterschiedlichen Einflussfaktoren, wer letztendlich bei einer gültigen Ausweisung abgeschoben wird und wer nicht, dar und versucht das Zusammenspiel dieser Faktoren zu analysieren.

Shiang-Yi Li, Talja Blokland (Department of Social Science, Humboldt University of Berlin)

Chinatown as a Potential for Interethnic Communication and Civil Engagement: A Comparative Study in Amsterdam and Berlin

The common imagery of Chinatowns as offered by popular media and some of the American literature has often been one of relatively closed and close-knitted communities. Absence of such ethnic concentration, one may hence expect, would create “a better integration“ of immigrants in mainstream society.

In this paper, we study Chinese immigrants in two capitals in Europe: Amsterdam, where a Chinatown can be found, and Berlin, where after the destruction of the Chinatown in the Second World War no new Chinatown has been constructed. This comparison, based on an explorative study of the networks and institutional organization of the Chinese immigrants in both cities, suggests that in Amsterdam, the presence of the ethnic enclave provides a foci for social capital for the Chinese themselves, but also a setting for network ties with the native Dutch community in ways unavailable to the Chinese in Berlin, especially because they have no spatially visible presence.

The first part of the paper argues that Amsterdam Chinatown facilitates social engagement and volunteer activity of Chinese immigrants that ”integrate” them as human resources into the urban infrastructure in ways unavailable to the Chinese in Berlin. Qualitative and quantitative findings indicate that Chinese immigrants in Berlin despite their higher average level of education and younger age have lower social and political engagements than those in Amsterdam. Chinatown seems to play a crucial role in the collective actions of Chinese immigrants in Amsterdam while the human and social potentials of Chinese immigrants in Berlin are underdeveloped. The second part of the paper focuses on how Amsterdam Chinatown after the urban renewal in the 1980’s promotes both the local lives of Chinese immigrants as well as native Dutch residents. We highlight the interactive potentials as a communicative network of the ethic enclave in urban space, which connects the Chinese immigrants and native Dutch.

Wolfram Manzenreiter (Departement of East Asian Studies, University of Vienna)

Diaspora ohne Heimat: Der Einfluss der Rückkehrmigration auf Japanische Auswanderergemeinden in Südamerika

Mehr als 2,5 Millionen Menschen in Südamerika gelten heute als Nachkommen japanischer Auswanderer (Nikkei). Die Geschichte ihrer Vorfahren ist relativ gut dokumentiert worden und hat seit längerer Zeit schon die Aufmerksamkeit der Forschung gewonnen. In jüngerer Vergangenheit hat das Phänomen der Rückkehrmigration nach Japan zu erneutem Interesse an den Bedingungen des Lebens in der Diaspora und der wechselhaften Bedeutung von Nationalität, Ethnizität und Staatsbürgerschaft geführt, und zwar sowohl in der internationalen Japanforschung als auch in der japanischen Migrationsforschung. Wenig bis gar nichts ist jedoch bekannt über die aktuelle Situation in den japanischstämmigen Kolonien und Communities in Südamerika und den Einfluss, den Rückkehrmigration und die Rückkehr der RemigrantInnen auf die Nikkei-Diasporen haben. In welchem Ausmaß haben sich Vorstellungen von ethnischer Zugehörigkeit und politischen Loyalitäten verändert und verlagert angesichts der zunehmenden Nähe zum Land der Vorfahren und dem wachsenden, Kontinentalgrenzen überschreitenden Konsumangebot japanischer Güter und Dienstleistungen? Wie wirken sich dagegen die Erfahrung von Diskriminierung und die Erzählungen von Ausgrenzungserfahrungen auf das kollektive Selbstbild der Nikkei in Südamerika aus? Das spezifische Leben der Nikkei in der Fremde birgt das Potenzial, sich erneut mit dem heuristischen Potenzial des Diasporakonzepts auseinanderzusetzen. Die Rückkehr der Nikkei hat nicht die von James Clifford (1994) postulierte Negation der Diaspora mit sich gebracht; statt dessen scheint sie die Erfahrungen von Entwurzelung und Dislokation potenziell verstärkt zu haben. Aufbauend auf meiner Feldforschung in Argentinien, Bolivien, Japan und Paraguay, spreche ich angesichts der doppelten Zurückweisung und Erfahrung der Fremdheit von der quadrierten Diaspora, in der die Bedeutung und kontrastive Zuordnung von Heimat und Gastland selber als fluktuierend und fragwürdig erscheinen.

Stefan Marik-Lebeck (Statistik Austria)

Struktur und Entwicklung der älteren Bevölkerung ausländischer Herkunft in vergleichender Perspektive

Rund 18% der Bevölkerung Österreichs haben eine „ausländischer Herkunft“ (sind also ausländische Staatsangehörige oder im Ausland geborene ...sterreicher/-innen). Derzeit ist der Anteil der Personen ausländischer Herkunft u ber 64 Jahren mit knapp 13% noch ein deutlich geringerer als in der Gesamtbevšlkerung (19%). Auch war im letzten Jahrzehnt bei der Bevölkerung ausländischer Herkunft im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung (Anstieg von 16% auf 19%) keine Veränderung des Altenanteils zu verzeichnen. Der Vortrag geht der Frage nach, worauf diese unterschiedlichen Entwicklungen zuru ckzufu hren sind und welchen Einfluss dabei die aktuellen internationalen Wanderungsbewegungen Österreichs haben.

Sarah Meyer, Teresa Peintinger (Universität Wien)

(K)eine Stimme für MigrantInnen? Inklusion und Exklusion in der Politisierung von Migration*

Die gesellschaftliche Inklusion bzw. Exklusion von MigrantInnen vollzieht sich nicht nur über policies, d.h. die politische Regulierung im Rahmen von Migrationspolitiken, sondern auch in der Politisierung von Migrationsfragen. In der politisch-öffentlichen Auseinandersetzung um Kriterien für Einreise, Aufenthalt und den Zugang zu Rechten zeigt sich, ob bzw. welche Gruppen von MigrantInnen als Teil der Gesellschaft verstanden oder als aus dieser auszu schließend betrachtet werden – und nicht zuletzt, ob sie als primär Betroffene migrations politischer Maßnahmen auch als Akteure und nicht nur als Gegenstand der Kontroversen in der Debatte repräsentiert sind. In der Politisierung von Migration manifestieren sich Inklusion und Exklusion damit primär entlang von zwei Fragen, nämlich (1) der Präsenz von MigrantInnen als Akteure in öffentlichen Aushandlungsprozessen um Migrations politiken und (2) der Forderungen nach politischem Handeln, die nach gesellschaftlicher Inklusion respektive Exklusion von MigrantInnen verlangen. Diese beiden Aspekte stellen den Ausgangspunkt des vorliegenden Beitrags dar, der sich mit der Inklusion bzw. Exklusion von MigrantInnen in der und durch die Politisierung von Migration und Migrationspolitiken in Österreich befasst. Ausgehend von einem inklusiven Demokratiebegriff, der die Notwendigkeit von Teilhabechancen aller BürgerInnen – unabhängig von Staatsbürgerschaft – am politischen System und gesellschaftlichen Leben betont, wird die Forschungsfrage mittels claims-Analyse von Kronen Zeitung und Standard über einen Zeitraum von 15 Jahren (1995 bis 2009) untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass sich Exklusion im öffentlich-medialen Diskurs auf zwei Ebenen niederschlägt: Zum einen sind MigrantInnen kaum als Akteure in der Politisierung von Migrationsfragen präsent. Dies widerspricht dem demokratiepolitischen Anspruch, wonach all jene, die von Entscheidungen betroffen sind, auch an deren politischer Aushandlung beteiligt sein sollten. Zum zweiten zeigt sich, dass exkludierende Forderungen nahezu ausschließlich von etablierten Akteuren im Zentrum des politischen Systems in die Debatte eingebracht werden, nämlich Regierung, Parteien und Medien. Der Beitrag leistet einen wichtigen Beitrag zur Forschung: Zum einen verknüpft er ein normativ begründetes Demokratieverständnis mit einem empirisch- analytischen Zugang, zum Zweiten rückt er MigrantInnen auch als Akteure – nicht nur Objekte – des öffentlichen Diskurses in den Mittelpunkt.

* Der Beitrag präsentiert Ergebnisse des FP7-Projektes SOM – Support and Opposition to Migration.

Bruno Arpino (Department of Political and Social Sciences, University of Popeu Fabra, Barcelona, Spain), Raya Muttarak (World Population Program, International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA), Laxenberg, Austria), Agnese Vitali (Carlo F. Dondena Centre for Research on Social Dynamics (DONDENA) and Department of Decision Sciences, Bocconi University, Milan, Italy)

Living Arrangements of Children of Immigrants in Spain and the United States:The Role of Age at Migration and Residential Context

This paper investigates living arrangements of immigrant young adults age 18-35 in Spain and the US. Since the two countries differ not only in the nature of transition to adulthood but also in migration history, migration policies and social welfare system, it is expected that living arrangements of young immigrants vary between Spain and the US, and within each country of destination with country of origins. The data analysis is based on the 2000 US Census and the 2001 Spanish Census made available through the Integrated Public Use Microdata Series International (IPUMS-I). The main questions are to investigate whether after accounting for relevant demographic and socioeconomic characteristics living arrangements of young immigrants 1) differ from the native-born in Spain and the US; 2) differ from immigrants from different country of origin; and 3) vary with age at migration. Multinomial logistic regression are employed for modeling immigrants' living arrangements. The results from multinomial logistic regression show that both individual-level and country- level characteristics affect living arrangement patterns. While the effects of age and gender on living arrangements are similar in both Spain and the US, the association between education and living arrangements, as well as economic activity and living arrangements differ in the two countries. Those with higher education and being in employment in the US are more likely to live alone or live with their partner/spouse where as the opposite is true for Spain. This reflects different culture and socioeconomic structure in the host country. However note that in the US the socioeconomic factors associated with living arrangement patterns do not operate in the same way for the natives and immigrants. Subsequently, controlling for individual demographic and socioeconomic characteristics, we find that living arrangements vary significantly with country of origins. But young immigrants born in the same country do not necessarily have similar living arrangement patterns in the country of destination. This suggests that the US and Spain differ not only in macro-structural factors associated with living arrangements but the two countries might also attract different types of immigrants. This reflects cultural norms and preferences in living arrangement decisions.

Michael Nausner (Reutlingen School of Theology)

Migration as Challenge for Systematic Theology – The Contribution of Migratory Voices to Christian Eschatology

The reality of global migration challenges systematic theology both in terms of its basic methodology and in terms of its understanding of traditional theological topics. This challenge becomes especially relevant if cultural issues are not seen only as the context of systematic theology but as key aspects of Christian existence as necessarily culturally situated. (cf. Paul Tillich's theology of culture) Once migration is recognized as a key phenomenon of our contem porary cultural condition of globalization, a culturally sensitive systematic theology needs to go beyond textual hermeneutics and metaphysical speculation and develop an intercultural methodology that takes seriously the complex cultural dynamics that influence our ways of thinking and living. This paper reflects in a first part on a new systematic theological methodology that broadens its interdisciplinary scope and above all tunes in to cultural and social theory and their ways of analyzing contemporary intercultural and transcultural processes. A new brand of systematic (or in the US context: constructive) theology that in recent years has practiced such interdisciplinary work is postcolonial theology. (Cf. R S Sugirtharajah, Kwok Pui-lan, Mayra Rivera Rivera,...) Postcolonial theology with its focus on the theological relevance of cultural hybridity and the resulting multiple cultural boundary negotiations can be a promising approach for understanding theologically not only US-American but also European experiences of migration. As an example Walter Mignolo's concept of a "pluritopic hermeneutics" and his "border thinking" are applied here to a theological reading of the phenomenon of migration. In a second part two borders that have become symbols for the trauma of global migration (the US-Mexican border and the Mediterranean as a European border region) are highlighted as regions where the impossibility of "clean cultural separation" is becoming increasingly apparent. The hybridizing processes symbolized by these borders are then read in the light of Biblical examples of intercultural encounter. The third and longest part of the paper presents an intercultural re-imagination of Christian eschatology. Here it is argued – in conversation with Seyla Benhabib and María do Mar Castro Varela – that migratory utopias are providing crucial perspectives for a Christian eschatology that wants to articulate hope authentically in the current condition of globalization. Migration emerges as a key issue for theology. An amnesia of migration as a fundamental experience of faith needs to be criticized inasmuch as "the history of revelation ... starts with emigration." (cf. Tillich) An eschatology is sketched here that resists an escape into a temporal beyond and includes the marginal perspectives of migrants in order to re-imagine the spatial aspects of eschatology.

Teresa Peintinger, Sarah Meyer, Sieglinde Rosenberger (Universität Wien)

The politicization of immigration in Austria, 1995-2009: Salience, polarization, and framing*

Over the last decades the issue of immigration turned out a highly contested issue both in political debate and public discourse across Europe. In Austria, it has received increasing political and public attention from the late 1980ies onwards and meanwhile has become an important issue for party competition. Yet – and not least for lack of systematic data – we still have limited knowledge on the politicization of immigration: What are the key factors driving the politicization of immigration? Does the degree of politicization correspond with immigration numbers or is it rather to be explained by the political opportunity structure privileging the concerns of particular actors? Seeking to address these questions, the paper explores the politicization of immigration in Austria from a longitudinal perspective (1995-2009). Focusing on the Austrian case, it presents the core findings from the FP7-project SOM (Support and Opposition to Migration). Studying the politicization of immigration comparatively in seven European countries, the SOM-project contributes to filling the data gap by providing a rich data set based on claims represented in the print media. The data include claims raised by a variety of collective actors, including political parties, members of government, civil society organizations, pro- and anti-immigrant movements etc. For the Austrian case, more than 850 articles from the Neue Kronen Zeitung and Der Standard have been collected and coded systematically. Applying a claims-analysis approach, the data allow us to measure the salience, polarization, and framing of the immigration issue over a period of 15 years. Building on the analytical framework developed as part of the collaborative project, we will consider three sets of explanatory factors potentially influencing the salience, polarization and framing in the politicization of immigration: (1) Real-world developments (like immigration numbers and the size of the immigrant population), (2) the configuration of the immigration policy regime, and (3) the political opportunity structure (including institutional characteristics as well as actor constellations). By comparatively embedding the findings from the Austrian case, the paper will significantly contribute to our understanding of the politicization of immigration, including the asylum issue as well as questions related to immigrant integration.

* The paper presents findings of the FP7-project SOM – Support and Opposition to Migration.

Bernhard Perchinig (Universität Wien/ Donau Universität Krems) The thickening of integration in Europe – a return of active demographic policies?

A large number of member states have implemented compulsory integration requirements and tests over the last few years as a precondition of access to permanent residence and access to the status of a long term resident, which, according to EU-law, includes a secure residence status and a set of rights in the fields of labor market access, access to goods and services and to education and health akin to those of citizens. Making access to this status dependent on successfully passing a language and integration test, access to secure residence and legal empowerment is limited to persons proving a certain level of intellectual capabilities, whereas those failing the tests are held in a status of legal uncertainty. Furthermore, a few EU member states also have introduced pre-entry language testing, which has led to a self-selection effect reducing the number of applicants with a low level of education, and in particular of young and lowly educated Muslim women. In another few countries, also labor migration now is linked to proving of a certain level of language competency, thus transferring the matching of employers and employees, which usually is understood as a core function of the market, back to the state.

Introducing these types of policies, states are venturing in a policy field which has largely lost political acceptance following WW II and the collapse of communism, the active control of sociodemographic, socio-cultural and religious traits of the population, which characterized both European fascist and communist regimes. Drawing on the empirical results of the two EU – funded projects “INTEC” and “PROSINT”, which both comparatively analyzed the development and implementation of pre- and post-entry integration policies in six (INTEC) and nine (PROSINT) European countries, the paper will analyze integration policies as an example for the return of active demographic policies trying to actively shape the socio-demographic characters of the migrant population by selective immigration control and limiting access to secure residence through integration testing. It will discuss this “thickening of integration” from a Foucaultian bio-politics perspective and from the perspective of a club-theory of the state and in particular analyze the role of social science and migration research in the ongoing return of active demographic policies.

Elisabeth Petzl, Mária Temesvári (EMN, IOM Wien)

Bildung und Mobilität – Internationale Studierende in Österreich und Europa

Im Vortrag sollen Ergebnisse der Studie “Immigration of International Students to the EU” vorgestellt werden, die vom Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) in 26 EU Mitgliedsstaaten und Norwegen durchgeführt wird. Die Präsentation richtet dabei ein besonderes Augenmerk auf die Ergebnisse des österreichischen Länderberichts und vergleicht diese mit anderen europäischen Staaten.

Zur Thematik: Internationale Studierende[1]

Die europäischen Statistiken bezüglich der Erstaufenthaltstitel in 2010 zeigen, dass fast 2,5 Mio. Erstaufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige vergeben wurden, bei steigender Tendenz in den letzten Jahren. Im Durchschnitt wurde rund ein Fünftel dieser Aufenthaltstitel zum Zweck der Ausbildung sowie eines Studiums vergeben. Internationale Studierende machen somit einen substanziellen Teil der Drittstaatsangehörigen in vielen EU Mitgliedsstaaten aus. Allerdings gibt es bei der Vergabe von Aufenthaltstiteln zum Zweck eines Studiums erhebliche Unterschiede: während in Irland 34% und in Frankreich 32% aller Erstaufenthaltstitel für diesen Grund vergeben wurden, waren es beispielsweise in Italien nur 3% und in Griechenland 4% (Eurostat 2012).

Die Zulassungs-, Aufenthalts- und Arbeitszugangsbedingungen von Studierenden aus Drittstaaten sind grundsätzlich durch EU-Recht geregelt. Allerdings zeigen die Möglichkeiten zu studieren, der Zugang zu einem Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums sowie der Zugang internationaler Studierender zur Erwerbsarbeit erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten auf. Zudem handelt es sich bei den Studierenden um eine sehr heterogene Gruppe, die von Studierenden in einzelnen Sprachkursen bis hin zur gesamten Studienausbildung reicht. Die Anzahl der Studierenden aus Drittstaaten, die Komplexität ihrer Zusammensetzung und die Wichtigkeit von internationalen Studierenden für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Bildungssysteme machen eine Analyse der Zuwanderungspolitiken der EU Mitgliedsstaaten in Hinblick auf Studierende interessant.

Fragestellung und Methodik

Dieser Vortrag geht eingangs der Frage nach, wie nationale Politiken sowie rechtliche und praktische Rahmenbedingungen bezüglich internationaler Studierender in den Mitgliedsländern gestaltet sind. In diesem Zusammenhang soll auch auf die Rolle von EU-Mobilitätsprogrammen

1 Im Rahmen der Studie werden unter „internationale Studierende“ Drittstaatsangehörige verstanden, die zum Zweck des Studiums in ein EU Mitgliedsland ziehen.

sowie bi- und multilateraler Abkommen eingegangen werden. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Praxis bzw. Umsetzung der Richtlinie zu internationalen Studierenden sollen die Auswirkungen in den Mitgliedsstaaten behandelt werden – etwa die Auswirkungen auf verfügbare Studienplätze, Einkommen der Universitäten, Wahrnehmung durch die allgemeine Öffentlichkeit thematisiert werden. Die in dem Vortrag präsentierte Studie basiert auf der Auswertung der amtlichen Statistiken in den einzelnen Staaten und wird durch ExpertInneninterviews sowie durch Primärerhebungen an ausgewählten Universitäten ergänzt. Die Ergebnisse der Studie beleuchten einen wichtigen Aspekt der internationalen Migration im Bereich der Hochqualifizierten aus dem Blickwinkel der unterschiedlichen nationalen Politiken.

Regina Polak (Institut für Praktische Theologie, Universität Wien)

Perspektiven einer migrationssensiblen Theologie

Im Zentrum des Papers stehen biographische und insbes. religiöse Erfahrungen von gläubigen „MigrantInnen“: Im Rahmen eines empirischen Forschungsprojektes zum Wandel der Religiosität von MigrantInnen, einer Ergänzungsstudie zu „Religion im Leben der ÖsterreicherInnen“ 2010, wurden von 11/2011 – 02/2012 20 Leitfadeninterviews mit katholischen KroatInnen, protestantischen Deutschen, orthodoxen SerbInnen, muslimischen TürkInnen durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie stellen kritische Rückfragen an die Theologie: z.B. Welche Bedeutung haben die Erfahrungen mit Migration für Theologie, Pastoral und Gesellschaft? Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Erfahrungen für Wissenschaft und Praxis? Wie verändert sich das Verständnis von Religiosität und Glaube in einer Migrationsgesellschaft? Anhand der Ergebnisse und Fragen entwickelt der Vortrag exemplarisch Perspektiven für eine migrationssensible Theologie. Dies ermöglicht auch, den Beitrag der Theologie im migrationswissenschaftlichen Diskurs präziser zu benennen: Aus der Perspektive jener Betroffenen, die „MigrantInnen“ genannt werden, ihre Identität in den Interviews aber nur selten und ungern als solche definieren, werden dazu einige Impulse formuliert.

Alexander Preisinger (Institut für Sprachwissenschaft, Universität Wien)

„Integration durch Leistung“

Der unternehmerische Migrant als gouvernementale Anrufungsfigur

Integration funktioniert durch Leistung. Nicht die Herkunft eines Menschen entscheidet, sondern seine Bereitschaft sich anzustrengen und etwas beizutragen. Egal ob im Beruf, im Verein oder in der Schule“ ist auf der Plattform des Staatssekretariats „Zusammen Österreich“ (www.zusammenoesterreich.at) zu lesen. Im Zentrum der Aktion stehen sogenannte „Integrationsbotschafter“, die durch Österreich touren und an Schulen ihre Lebensgeschichte und Erfahrungen zum Besten geben. Zu ihnen zählen neben bekannten AkteurInnen des öffentlichen Lebens wie etwa Fußballtrainer Ivica Vastic oder Moderatorin Arabella Kiesbauer vor allem Menschen „wie du und ich“: Angestellte, GründerInnen von klein- und mittelbetrieblichen Unternehmungen oder neue Selbstständige, deren Lebensgeschichten in Steckbriefen anschaulich gemacht werden und einer impliziten Poetik zu folgen scheinen: Nach der Einwanderung in Österreich erlebt der Migrant/die Migrantin ein stetes Auf und Ab, um am Ende doch auf der Skala beruflichen Erfolgs aufzusteigen. Letztlich, so die Botschaft, setzen sich Werte wie Einsatzbereitschaft, Leistungswille und Fleiß durch.

„Zusammen Österreich“ vermittelt, so die Hypothese, eine neue Form paternalistischen Handelns, indem erwünschtes Verhalten nicht oktroyiert wird, wie im klassischen Paternalismus, sondern durch Selbstführung des Subjekts hergestellt werden soll. Die Verbindung von Neopaternalismus mit dem Thema Migration führt zu einem neuen Integrationsdiskurs, der den unternehmerischen, selbstverantwortlichen und intrinsisch motivierten Migranten ins Zentrum stellt. Im Mittelpunkt des Beitrags wird die Website der Aktion „Zusammen Österreich“ stehen, die mit Mitteln der Kritischen Diskursanalyse (Wiener Schule) untersucht werden soll. Da es sich um eine interaktive Plattform handelt, werden neben der klassischen Analyse von Texten auch multimodale Komponenten Berücksichtigung finden. Die Website wird hierbei als Subjektivierungsangebot verstanden, dessen Subjektapplikationen vom User eingenommen werden können und sollen. In der wiederholten Aufrufung scheinbar standardisiert-erfolgreicher Lebensläufe, kommt es zu einer Abwertung oder Ausblendung des „Denormalen“: Wird der Integrationserfolg ganz dem Individuum überantwortet, werden gesellschaftliche und systemische Zusammenhänge (Stichwort „Dequalifizierung“) , und damit Ansatzpunkte von Kritik, weitgehend ausgeblendet.

Martina Rienzner (Universität Wien)

MigrantInnen als DolmetscherInnen in öffentlichen Einrichtungen

Eine sprachbiografische Perspektive

Die durch Migrationsbewegungen zunehmende sprachliche Heterogenität unserer Gesellschaft bringt große Herausforderungen für das Gelingen von Kommunikationsprozessen in öffentlichen Einrichtungen mit sich. Mehrere in österreichischen Schulen, Krankenhäusern und Behörden durchgeführte Studien zeigen, dass diesen Herausforderungen von staatlicher wie auch von Seiten der betreffenden Institutionen bisher nur eingeschränkt und punktuell in Form von einzelnen Maßnahmen begegnet wurde. Sichtbar wurde, dass das Gelingen mehrsprachiger gedolmetschter Kommunikation in der Praxis häufig „Sache der MigrantInnen“ ist, welche oft (meist unbezahlt) als Begleitung ihrer Angehörigen, Freunde oder Bekannten, in der Rolle als MitarbeiterIn der jeweiligen Einrichtung oder in der Position als (von der jeweiligen Institution bestellte/r und bezahlte/r) DolmetscherIn mehrsprachige Kommunikation in öffentlichen Einrichtungen ermöglichen (vgl. u.a. Ahamer 2011, Gribi & Pöllabauer 2008, Pöchhacker 2000).

Im Zentrum meines Beitrags stehen Letztgenannte: DolmetscherInnen mit Migrationserfahrungen, welche in der Rolle als (von der jeweiligen Institution engagierte) SprachmittlerInnen Verständigung in öffentlichen Einrichtungen herstellen. Anhand von sprachbiografischen Interviews zeige ich auf, wie DolmetscherInnen, die sie umgebenden Diskurse und sozialen Bedingungen der österreichischen Migrationsgesellschaft und die damit verbundenen Sprachregime und -ideologien in ihrem translatorischem Handeln erleben.

Ich verstehe biografisches Erzählen dabei als eine soziale Praxis und erzählte Lebensgeschichten als Text, der in Bezug auf Situation, Kontext und Zuhörerin gerahmt wird (vgl. Busch 2010, 66). In biografischen Erzählungen werden „(...) Muster der individuellen Strukturierung und Verarbeitung von Kontexten“, wie auch Spuren „(...) gesellschaftliche[r] Regeln, Diskurse und soziale[r] Bedingungen“ (Völter u.a. 2005, 7) sichtbar. Erzählen ist kommunikatives, kreatives Handeln, durch situationale und materielle Bedingungen strukturiert sowie in diskursive Felder eingebettet und durch diese geordnet. Erzählen ist in diesem Sinn ein making – Arbeit am Text – und ein doing – Arbeit am Diskurs – zugleich (vgl. Peterson & Langellier 2006).

In sprachbiografischen Erzählungen der interviewten DolmetscherInnen wird sichtbar, dass die in der österreichischen Migrationsgesellschaft wirksamen Sprachregime und –ideologien die Bewertungen, die dem eigenen Sprachrepertoire gegenüber vorgenommen werden, strukturieren. Das Erleben der eigenen Sprachlichkeit sowohl in der Rolle als DolmetscherIn

in öffentlichen Einrichtungen, wie auch als MigrantIn in der österreichischen Gesellschaft, schreibt sich - verwoben mit anderen Erfahrungen - in die Sprachbiografie in unterschiedlicher Weise ein. Die Tätigkeit als DolmetscherIn in öffentlichen Einrichtungen kann in diesem Zusammenhang zu einer Neubewertung des Sprachrepertoires führen, welche allerdings ambivalent bleibt, solange die gesellschaftliche Anerkennung des mehrsprachigen Repertoires auf die Rolle als DolmetscherIn beschränkt und somit selektiv bleibt.

Didier Ruedin, Sarah Meyer, Teresa Peintinger, Sieglinde Rosenberger (Universität Wien)

Contentious Groups in the Politicization of Immigration*

The politics of immigration figures prominently in European societies, dealing with challenges posed by increasing diversity. More than any other political domain, it entails the discursive construction and maintenance of in-groups and out-groups, not only concerning boundaries between immigrants and non-immigrants, but also between different immigrant groups. These boundaries of social groups are reflected in political debates over distribution of rights for individuals as well as groups, following competing definitions of membership in culturally diversified but territorially bounded societies. Such contestation is reflected in the politicization of immigration by rhetorical reference to different groups of immigrants and by claims for or against their equal treatment compared to the non-immigrant majority population. The paper examines how the politicization of immigration constructs, and is concerned with different immigrant groups: Which groups are addressed by which actor and how are the groups portrayed (e.g. in broad discursive categories, according to legal status, country of origin, ethnicity, or religion)? Which groups are addressed predominantly? And in what way would these groups be affected by the claims raised in the debate? These questions will be explored by analyzing claims in the media in seven European countries in a comparative perspective, 1995-2009. In order to explain differences between countries and over time, we contrast two competing approaches differing significantly in the importance they (still) ascribe to national and country-specific contexts for shaping the politics of immigration—and thus leading to different hypotheses about the politicization of the immigration issue: the Europeanization and trans-nationalism perspective on the one hand, and approaches stressing the importance of national context and opportunity structure on the other hand. While the first of these would suggest strong similarities in claims-making between countries (or at least tendencies towards convergence over time) due to the establishing of a European immigration policy framework, the latter would lead us to expect significant cross-country and cross- temporal variation resulting from the different national context and political environment within which the politicization of immigrant groups takes place. Our exploratory findings clearly indicate that the politicization of immigrant groups differs from one country to another and we are unable to detect clear trends towards convergence over time. These findings highlight the enduring importance of the nation-state context in the politics of immigration.

* The paper presents findings of the FP7-project SOM – Support and Opposition to Migration.

Patrick Sänger (Zentrum für Altertumswissenschaften, Institut für Papyrologie, Heidelberg)

Das politeuma in der hellenistischen Staatenwelt: Eine Organisationsform zur Integration von Minderheiten

Zur Integration von Minderheiten gab es in der hellenistischen Staatenwelt (3.–1. Jahrhundert v.

Chr.) eine Organisationsform, die unter dem Namen „politeuma“ („Gemeinwesen“) entgegentritt. Sie ist bislang bis auf zwei Ausnahmen nur für Ägypten belegt. Die Mitglieder eines politeuma sind durch ein gemeinsames Ethnikon verbunden, das die Zugehörigkeit zu einer fremdländischen (nicht ägyptischen) Volksgruppe anzeigte. Demgemäß begegnen in den Quellen z.B. ein politeuma der Boioter, Kilikier, Kreter, Idumäer oder eines der Juden. Der Ursprung dieser Gemeinschaften dürfte in Söldnertruppen liegen, die als ethnische Kontingente in Garnisonen an verschiedenen, strategisch bedeutsamen Punkten des Landes angesiedelt wurden. Demnach war ein politeuma kein Auffangbecken für bedürftige Flüchtlinge, sondern fungierte als Organisationsform von Personen, die im Dienst des Königs standen und denen daher ein gehobener Status innerhalb der Gesellschaftspyramide zukam.

Das Wesen eines politeuma wird in der Forschung traditionell kontrovers diskutiert, was vor allem mit der schlechten Überlieferungslage zusammenhing. Seitdem aber im Jahr 2001 mehrere Papyri veröffentlicht wurden, die ein politeuma von Juden in der mittelägyptischen Bezirkshauptstadt Herakleopolis dokumentieren, lassen sich Funktionsweise und Aufgabebereiche der Organisationsform einigermaßen deutlich erkennen. Angeregt durch diesen erfreulichen Quellenzuwachs hat man sich nach dem Bekanntwerden der Papyri hauptsächlich darauf konzentriert, die Bedeutung des in Herakleopolis vorzufindenden politeuma für das ägyptische Judentum zu untersuchen. Dies erbrachte freilich hochinteressante Ergebnisse sowie lebendige und auch notwendige wissenschaftliche Debatten. Was erstaunlicherweise aber ausgeblieben ist, ist eine vom jüdischen politeuma ausgehende systematische Studie zu dem Phänomen „politeuma“ als Ausdruck einer gezielten hellenistischen Integrationspolitik. Diesem Desiderat möchte der Vortragende in seiner Habilitationsschrift nachkommen.

Ziel des Vortrages ist es, die Organisationsform politeuma einer allgemeinen historischen Analyse zu unterziehen. Durch die Auswertung und historische Einordnung der relevanten Quellen sowie die Anwendung komparativer Betrachtungsweisen soll gezeigt werden, daß ein politeuma eine von der Regierung offiziell anerkannte, ethnisch definierte Körperschaft war. Ihre Mitglieder bildeten innerhalb eines bestehenden urbanen Siedlungsverbandes eine semiautonome Gemeinde und konnten unter

anderem durch die Ausübung ihres eigenen Kultes ihre Identität bewahren. Die historische Beschäftigung mit den politeumata eröffnet somit die Möglichkeit, anhand eines konkreten Beispieles zu beobachten, wie ein antiker Staat auf Migration reagierte bzw. welche integrativen Maßnahmen er entwickelte.

Ein bedeutender Aspekt des Vortrages wird sein, daß die politeumata nur mit dem ptolemäischen Königreich zu verknüpfen sind, was bislang nicht erkannt wurde. Bei besagter Organisationsform dürfte es sich also um ein einzigartiges und durchdachtes, administratives Mittel der Ptolemäer handeln, eine — wenn auch auf gehobene hellenisierte Bevölkerungsgruppen beschränkte — Integrationspolitik zu betreiben. Gesteigertes Augenmerk wird auch der Frage geschenkt, ob die Gruppen, die ein politeuma bildeten, bereits in irgendeiner Weise organisiert waren, bevor sie in diesen Status erhoben wurden. Dies ist zwar nicht zwingend vorauszusetzen, würde sich jedoch vor allem vor dem Hintergrund anbieten, daß man aus dem ptolemäischen Reich eine Reihe privater landsmannschaftlicher Vereine von Soldaten kennt, zu denen man in der Forschung (fälschlicherweise) auch immer wieder die politeumata gezählt hat.

Der Grundgedanke der im Vortrag vertretenen Interpretationsmodelle liegt darin, die politeumata sowohl als Folge von Migrationsprozessen im Hellenismus als auch der sich daraus ergebenden realpolitischen Konsequenzen darzustellen. Dadurch erhalten wir einen gezielten Einblick, wie die Ptolemäer die sozialen Herausforderungen ihrer Zeit meisterten. Im Kontext von Migrations- und Integrationsprozessen leistet die Beschäftigung mit den ptolemäischen politeumata also einen wertvollen Beitrag zur hellenistischen Sozial- und Verwaltungsgeschichte. Zudem vermag sie ein aufschlußreiches Streiflicht auf die Stadtpolitik der Ptolemäer zu werfen.

Nikola Sander (Vienna Institute of Demography, ÖAW)

The impact of migration on regional population change in Germany, 1995-2009

Germany is currently undergoing a demographic revolution that is fundamentally transforming the country's population age structure. The pace of population ageing is set to rapidly accelerate when the oldest members of the baby boomer generation pass the traditional retirement age of 65 in 2020. As the number and proportion of elderly Germans increases, the processes underlying continuity and change in the spatial structure of internal migration become a fundamental issue. This is because internal migration is the most volatile component of population change and has thus become more important than fertility and mortality in shaping regional population growth and age structure. Migration among the elderly and out-migration of younger adults has far-reaching implications for economic development and for planning strategies to ensure adequate health, housing and welfare in the right place at the right time. However, little research has been conducted in Germany to identify past and potential shifts in spatial patterns. Existing work on internal migration is largely descriptive, mostly focusing on net-migration, or exclusively on migration streams between eastern and western states. This paper aims to provide a comprehensive profile of internal migration between Germany's regions. Central goals are to identify enduring empirical regularities and changes in the spatial structure of internal migration, to estimate the spatial interaction between regions and to determine the impact of internal migration on regional populations. Moving beyond state-level analyses, migration flows by age and sex between 96 'Raumordnungsregionen' are analysed along the four dimensions intensity, connectivity, impact and distance (see Bell et al., 2002) to obtain a comprehensive picture of the spatial structure of international migration flows over the period 1995–2009. In addition, intensities and distance-decay of age- and sex-specific flows between 295 'Kreisen' are analysed to shed light on migration patterns within 'Raumordnungsregionen', and to take into account commuting patterns and labour mobility. The results are visualized using a novel mapping technique. The analysis reveals systematic spatio-temporal variation in the intensity and connectivity of migration, and in the impact of migration on regional population growth and age structure. It is demonstrated that analyses of migration at the level of the sixteen federal states fall short of providing a sound understanding of the spatial structure of internal migration, including patterns and intensities of east-west migration.

Maria Schiller (PhD Candidate Migration Studies, University of Kent)

Governing diversity in European cities: The role and position of diversity officers

'Diversity' appeared in the past years as a new concept to fill the gap of a waning multiculturalism and diversity policies were introduced especially on the level of cities, where issues of integration are most directly felt. However, to date there is little research on how the introduction of this concept has changed existing practices in the sector of integration politics and how it has changed the configuration of local governments' relationships with local residents. Based on research with diversity officers in Amsterdam, Leeds and Antwerp, this paper explores the position and positioning of municipal diversity officers and contemporary configurations of local government-civil society-relations. It puts forward two arguments: Municipal diversity officers are positioned in a challenging field of stakeholders, as they are interacting with political representatives, the municipal organisation and civil society. The maintenance of contact and collaboration with civil society seems to be particularly challenging for diversity officers in view of an often very unstable position of diversity units within municipal organisations and an increasingly symbolic use of diversity politics. This paper therefore develops the role of diversity officers as 'brokers' between local politicans and civil society, which allows to envisage new ways of governments to listen to and interact with civil society. Municipal government's staff is increasingly reflecting some of the diversity of the society it is meant to govern. Especially for diversity officers a specific knowledge/background on/in specific minority groups often makes part of recruitment criteria and/or personal motivations. The implied assumptions about a necessary 'cultural knowledge' for dealing with specific groups however seems to go beyond the framework of diversity and seems to combine a diversity approach with a multicultural target group approach. We scrutinise in this paper how competences reflecting different integration approaches are pragmatically combined and thereby allow a more multilayered professional profile for diversity officers to emerge.

Philipp Schnell (Institut für Stadt- und Regionalforschung, ÖAW)

Neighbourhood embeddedness and interethnic contacts

Überlegungen rund um die Bedeutung von nachbarschaftlichem Zusammenhalt und Gemeinschaft haben eine lange Geschichte in der Stadtsoziologie. Vertreter der „Chicago School“ postulierten bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmende Anonymität, steigenden Individualismus und die Entstehung neuer Lebensformen in Städten auf Kosten der sozialen Ordnung und traditioneller Bindungen in städtischen Nachbarschaften. Die empirische Forschung über den Status und die Bedeutung von Nachbarschaften ist seitdem stetig gewachsen. Einige ihrer Vertreter deuten auf einen Verfall der Bedeutung der Nachbarschaft hin, die sich durch zunehmende Mobilität der Menschen und neue Kommunikations-und Informationstechnologien erklären lässt. Andere hingegen unterstreichen in ihren theoretischen und empirischen Arbeiten, dass Nachbarschaften wichtige Standorte für soziale Interaktionen, zur Entstehung von Gemeinsinn und sozialer Solidarität bleiben und damit den Zusammenhalts in größeren Einheiten, wie zum Beispiel der Stadt, fördern. Der vorliegende Beitrag analysiert, welche Rolle städtische Nachbarschaften in modernen urbanen Gesellschaften spielen. Wie sehr sind BewohnerInnen in der heutigen Zeit noch mit ihrer Nachbarschaft verbunden? Wie kann nachbarschaftliche Einbettung definiert werden? Sind lokale Kontexte von größerer Bedeutung für ImmigrantInnen als für autochthone Personen?

Welche Rolle spielen interethnische Kontakte und Netzwerke im Prozess der nachbarschaftlichen Einbettung in stetig ethnisch diverseren lokalen Gesellschaften? Basierend auf dem Wiener Sample der europäischen Studie “Generating Interethnic Tolerance and Neighbourhood Integration in European Urban Spaces” (GEITONIES), welches in den drei Wiener Nachbarschaften Laudongasse, Ludo-Hartmann-Platz und Am Schöpfwerk erhoben wurde (N=600), zeigt die vorliegende Analyse vier Hauptergebnisse: (1) Nachbarschaftliche Einbettung ist ein multidimensionales Phänomen, welches sich durch Identität und Bindung mit der Nachbarschaft sowie durch Vertrauen in und Kenntnis über die Wohnbevölkerung auszeichnet. Diese nachbarschaftliche Einbindung und damit deren Bedeutung variiert zwischen den drei strukturell unterschiedlichen lokalen Kontexten (2), nicht aber zwischen ImmigrantInnen und autochthonen BewohnerInnen innerhalb dieser Nachbarschaften (3). Interethnische Kontakte unterschiedlicher Intensität auf lokaler Ebene steigern den Grad der nachbarschaftlichen Einbettung für BewohnerInnen beider Gruppen in den jeweiligen Stadtteilen (4). Gerade Letzteres unterstreicht die Bedeutung von interkulturellem Austausch auf lokaler Ebene für nachbarschaftliche Gemeinschaft und Zusammenhalt.

Marie Dagmar Strohmeier, Vera Popper, Therese Schultes (Fachhochschule Oberösterreich, Universität Wien)

Soziale Arbeit mit Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen Evaluation des Projekts „Connecting People“

Das Projekt „Connecting People“ der asylkoordination Österreich vermittelt Patenschaften an unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich. Ziel des Projekts ist es, dass erwachsene Personen eine längerfristige Beziehung mit einem jugendlichen Flüchtling eingehen und diesen hinsichtlich seiner sozio-ökonomischen Integration unterstützen. Um die Zielerreichung zu überprüfen, wurde eine Evaluationsstudie durchgeführt. Realisiert wurden eine quantitative und qualitative Teilstudie. 101 PatInnen beantworteten einen Fragebogen, der ihnen per Email zugeschickt wurde. Außerdem wurden 12 teilstrukturierte Interviews mit zufällig ausgewählten PatInnen und ihren Jugendlichen durchgeführt. Die Evaluationsstudie erbrachte die folgenden zentralen Ergebnisse: Die von „Connecting People“ vermittelten Patenschaften bestehen im Mittel 2 1/2 Jahre, sehr häufig bestehen sie länger. Sowohl Jugendliche als auch PatInnen berichten häufig von einer familienähnlichen Beziehung zueinander. Die Jugendlichen profitieren besonders von der Unterstützung im alltäglichen Leben in Österreich, die sie durch die PatInnen erhalten, zum Beispiel schulische Förderung, Begleitung bei Behördengängen und Unterstützung bei verschiedensten Problemen. Trotz der schwierigen rechtlichen Situation (nur 21% waren anerkannte Flüchtlinge) wurde die sozioökonomische Integration der Jugendlichen als sehr hoch eingestuft. Insgesamt zeigte sich, dass die Patenschaften für alle Beteiligten gewinnbringend sind und das Projekt „Connecting People“ einen gelungen Beitrag zur sozio-ökonomischen Integration der Jugendlichen leistet.

Wiebke Sievers (ÖAW)

Kultur als umkämpftes Terrain? Kunst von ImmigrantInnen und ethnischen Minderheiten in Wien zwischen Kulturförderung und Kritik

„Wien ist eine der lebenswertesten Städte der Welt. Das verdanken wir zu einem Gutteil der großen Vielfalt des Kulturangebots und auch der Vielfalt der Wiener Bevölkerung. Denn so bleibt die Stadt permanent in Bewegung.“ (Michael Häupl, zitiert in: MA 7 - Kulturabteilung 2010) Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl beruft sich in diesem Zitat auf zwei Diskurse, die die Politik in der Stadt Wien prägen: einerseits das altbekannte Bild der Stadt Wien als Kulturstadt, das zumindest bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, andererseits das Bild von der diversen Wiener Bevölkerung, das selbst erst gut ein Jahrzehnt alt ist, obwohl sich auch die Migration nach Wien zumindest bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen lässt. Natürlich existieren Überschneidungen zwischen diesen beiden Diskursen. So wurde erst kürzlich in einem Projekt festgestellt, dass die Kultur in der Stadt Wien mit der steigenden Zuwanderung deutlich diverser geworden ist. Kulturelle Aktivitäten von ImmigrantInnen und ethnischen Minderheiten reichen vom regelmäßigen Chinesischen Neujahrskonzert im Wiener Musikverein über die Ausstellung Gastarbeiterj, die sich mit der Arbeitsmigration nach Wien nach dem 2. Weltkrieg beschäftigte, zu Festivals wie Salam Orient und Balkan Fever, um nur einige Beispiele zu nennen. Dasselbe Projekt zeigte aber auch, dass diese Aktivitäten zum großen Teil von privaten Sponsoren innerhalb der jeweiligen ethnischen Communities getragen werden (Gebesmair 2009). Wie weit öffentliche Gelder zur Diversifizierung der Wiener Kultur beigetragen haben, ist dagegen unklar. Genau in dieser Lücke wird mein Vortrag ansetzen. Er wird sich einerseits der Frage widmen, wie sehr die Wiener Integrations- und Diversitätspolitik das kulturelle Leben in Wien beeinflusst und verändert hat. Zu diesem Zweck werden im ersten Teil des Vortrags politische Diskurse sowie Kunst- und Kulturbudgets darauf hin untersucht, welche Bedeutung sie ImmigrantInnen und ethnischen Minderheiten zumessen. Im zweiten Teil soll es dann um die Frage gehen, ob spezifische Kulturprojekte für ImmigrantInnen und ethnische Minderheiten eine Art kulturelle Segregation zur Folge haben, die bewirkt, dass die Produkte als minderwertig wahrgenommen werden (Delhaye 2008). Diese Frage wird anhand der Arbeit einer spezifischen Institution beantwortet: dem verein exil, der sich seit den 1990ern um die Literatur von ImmigrantInnen und ethnischen Minderheiten bemüht. Die Arbeit des Vereins ist einerseits sicherlich als großer Erfolg zu bezeichnen. Sein Preis „Schreiben zwischen den Kulturen“ war Sprungbrett für inzwischen bekannte Autoren und Autorinnen, wie Dimitré Dinev, Anna Kim oder Julya Rabinowich, die gern als Beispiele von Hybridität im Sinne Homi Bhabhas gelesen werden. Andererseits muss sich der Verein den Vorwurf gefallen lassen, dass durch ihn der Begriff

„Migrationsliteratur“, den die genannten Autoren und Autorinnen durchwegs als diskriminierend empfinden, überhaupt erst in Umlauf gebracht wurde. Meine These lautet, dass diese Spannung ein Zeichen für den Machtkampf im literarischen Feld im Sinne Pierre Bourdieus ist (Bourdieu 2001). Dieser zeigt sich nicht nur in Kritiken und literaturwissenschaftlichen Artikeln, sondern auch im steigenden Anteil dieser AutorInnen an öffentlichen Kulturbudgets.

Bibliographie Bourdieu, P. (2001). Die Regeln der Kunst. Frankfurt/Main, Suhrkamp. Delhaye, C. (2008). "Immigrants' Artistic Practices in Amsterdam, 1970-2007: A Political Issue of Inclusion and Exclusion." Journal of Ethnic and Migration Studies 34(8): 1301-1321. Gebesmair, A., Ed. (2009). Randzonen der Kreativwirtschaft: Türkische, chinesische und südasiatische Kulturunternehmungen in Wien. Münster, LIT. MA 7 - Kulturabteilung (2010). Wien Kultur: Die Geschichte wird weitererzählt/The story continues. Vienna, MA7 - Kulturabteilung.

Maria Six-Hohenbalken (Institut für Sozialanthropologie, ÖAW)

Nachbarschaft zwischen ungeschriebenen Gesetzen und kulturellen Zuschreibungen –

Zusammenleben in von Diversität gekennzeichneten Wohnvierteln in Wien

Basierend auf qualitativen Untersuchungen in Wohnvierteln, die von Diversität gekennzeichnet sind, werden die Erfahrungen und Einschätzungen der BewohnerInnen mit sogenanntem Migrationshintergrund in typischen Problemfeldern dargestellt. Anhand ausgewählter Fallbeispiele wird gezeigt, dass Missverständnisse meist nicht durch mangelnde Sprachkenntnisse oder unterschiedliche kulturelle Hintergründe bedingt sind. Missverständnisse entstehen oft durch stereotype Sichtweisen und „kulturelle“ Zuschreibungen auf die „Anderen“ und evozieren so Reaktionen und Verhaltensweisen, die ein konstruktives Miteinander behindern. Nicht erfüllte Erwartungshaltungen und Vorstellungen von „guter Nachbarschaft“ sind weitere Problemfelder, die in Konflikten vorschnell als unvermeidbare interkulturelle Unterschiede abgetan werden.

Die Ausführungen und Fallbeispiele basieren auf sozialanthropologischen Untersuchungen, die in den letzten zehn Jahren in Wiener Wohnbezirken mit hohem Diversitätsgrad unternommen wurden. Dabei wurden Familienbiographien von MigrantInnen erhoben und die Orientierungen der ersten und der Nachfolgegenerationen zu den Bereichen Arbeiten und Wohnen untersucht. Der Schwerpunkt der Erhebungen lag auf Familien aus den klassischen Zuwandererländern Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien. Im Zuge einer Restudy konnten in den befragten Familien Generationsunterschiede und deren unterschiedliche Strategien analysiert werden. Während sich das Leben der ersten MigrantInnengeneration durch doppelte Lebensführungsstrategien und Rückkehrwünsche auszeichnete, sind die Orientierungen der Nachfolgegenerationen gekennzeichnet von unterschiedlichem Investitionsverhalten (vor allem im Bereich des Wohnens) und Verbleibeabsichten in Wien, die jedoch durch einen erschwerten sozialen Aufstieg geprägt sind. Weitere Fallbeispiele stammen aus Untersuchungen in kommunalen Wohnbauten, wobei ein Fokus auf Initiativen gelegt wurde, in denen Menschen unterschiedlicher Herkunft Begegnungsräume geschaffen haben, um nachbarschaftliche Kontakte und soziale Beziehungen zu verbessern.

Ewelina Sobczak (Universität Wien)

Mehrsprachigkeit im Kindergarten. Ergebnisse einer Dissertation zur Situation des frühen Sprachenlernens im Vorschulbereich mit besonderer Berücksichtigung der MigrantInnensprachen.

Die demographischen Entwicklungen der letzten Jahre führten in Österreich dazu, dass bereits in den Kindergärten eine hohe Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund zu verzeichnen ist, wodurch das Thema lebensweltliche Mehrsprachigkeit in den vorschulischen Einrichtungen besonders aktuell ist. Die frühkindliche pädagogische Arbeit in Österreich wird jedoch immer noch selten als die Grundstufe der Bildung anerkannt und das Berufsprestige der KindergartenpädagogInnen immer noch niedrig bewertet, obwohl gegenüber dem Personal immer höhere Ansprüche gestellt werden.

Vor dem komplexen Hintergrund sprachenpolitischer, gesellschaftlicher, bildungspolitischer und institutioneller Rahmenbedingungen des österreichischen Kindergartenwesens habe ich im Rahmen meiner Dissertation die Situation des frühen Sprachenlernens in den Kindergärten mit besonderer Berücksichtigung der MigrantInnensprachen erforscht. Ausgehend von theoretischen Überlegungen, welche die neuesten Erkenntnisse aus der Spracherwerbs- und Mehrsprachigkeitsforschung beinhalten sowie von der Bestandsaufnahme des vorschulischen Sprachenlernens in österreichischen Kindergärten wurden Einstellungen der KindergartenmitarbeiterInnen und der Eltern zu Mehrsprachigkeit im Kindergarten sowie Umgang der KindergartenmitarbeiterInnen mit Mehrsprachigkeit im Kindergarten genau untersucht.

Im Züge einer umfangreichen quantitativen (Fragebögen) sowie einer qualitativen (teilnehmende Beobachtung) Untersuchung in den Kindergärten der Wiener Kinderfreunde konnten Fragen nach den Meinungen der Befragten zur Förderung des Deutschen versus Förderung der Mehrsprachigkeit im Kindergarten sowie nach Umgang mit sprachlicher Vielfalt im Kindergartenalltag beantwortet werden. Die Ergebnisse zeigten, dass in Wiener Kindergärten eine starke Fokussierung auf der deutschen Sprache zu verzeichnen ist, dass die lebensweltliche Mehrsprachigkeit zwar passiv anerkannt wird, aber keine aktive Unterstützung erfährt, sowie dass sich die KindergartenmitarbeiterInnen und die Eltern in dieser Hinsicht im Großen und Ganzen einig sind.

Im Rahmen des Vortrags wird auf die interessantesten Ergebnisse der empirischen Untersuchungen genauer eingegangen.

Lena Springer, Katja Pessl (Department of East Asian Studies, University of Vienna)

Social mobility of migrants from China in Vienna: Educational careers and relations of informal employment

In this paper we present first results of an ongoing research project which we are about to finish soon. We have conducted narrative interviews with migrants from China in Vienna with the aim of better understanding their educational careers, potentials which they may contribute to universities and health care in this country, and restrictions to social mobility which they confront due to vague immigration law and the particular opportunity structures in this city. We focused on the educational and health care systems. Demographic statistics on incoming students from mainland China which we have collected and the comments from experts and colleagues who work with the immigrants confirm that they are needed in Austria but instead of being recruited tend to end up here by chance or through very specific professional networks. The migrants we have talked to are highly-skilled migrants. Not only are they often over-qualified and therefore tend to be de-professionalised upon immigrating to Austria but they also present a more specific challenge to the European educational markets and health care system. By looking at contact zones and interactions between the immigrants and their Austrian counterparts, we could demonstrate that China sends out personnel that are too qualified for our regulative mechanisms to recognize. University education and Chinese medicine both can benefit from Austrian and immigrant-Chinese key figures who – in very low-scale and often informal relations of employment – have begun to adjust carefully to the new global situation of highly-skilled students, colleagues and expertise from China.

Annemarie Steidl, Wladimir Fischer, James Oberly (Universität Wien)

MigrantInnen aus Österreich-Ungarn in den USA: eine transatlantische Perspektive

Der geplante Vortrag präsentiert Ergebnisse eines Forschungsprojektes, das im Jahr 2010 in Minneapolis an der University of Minnesota, am Center for Austrian Studies, am Immigration History Center und am Minnesota Population Center durchgeführt wurde und im kommenden Jahr in Buchform vorgelegt werden soll. Ausgangspunkt des Projektes war einerseits die bekannte Tatsache, dass Österreich-Ungarn jener Staat war, von dem aus im ethnischen Sinne die größte Vielfalt an Menschen in die Vereinigten Staaten migrierten. Andererseits waren wir unzufrieden mit der Tatsache, dass die meisten Studien zum Thema jeweils nur eine Nationalität behandeln, womöglich sogar aus verschiedenen Staaten. Dem wollten wir eine konsequente komparative Studie über MigrantInnen aus allen wichtigen ethnischen Kontexten der Monarchie entgegenstellen, in der auch die Handlungsmacht der MigrantInnen selbst eine zentrale Rolle spielen soll. Deshalb haben wir begonnen, auf der Grundlage von Volkszählungen und Passagierlisten und anderem v.a. quantitativen Material, sozio-ökonomische und demographische Muster mehrerer Gruppen jenseits der ethno-nationalen Abgrenzungen zu beschreiben. Dabei haben wir außerdem versucht, eine besonders große Bandbreite an Variablen systematisch zu untersuchen. Um auch die agency der MigrantInnen ins Spiel zu bringen, haben wir die migrantische Presse in verschiedenen Sprachen, sowie private Nachlässe und Aufzeichnungen von Kirchen und Behörden verwendet, um die Öffentlichkeit der MigrantInnen, ihre Politik, Kommunikation, Netzwerke, Karrieren, und Familien in mehreren Fallbeispielen darzustellen. Dabei war es uns besonders wichtig, selbstreflexiv an das Material heranzugehen, das heißt auch den Quellen gegenüber kritisch zu bleiben und die Entstehungsgeschichte der demographischen Statistiken im Auge zu behalten, genauso wie der Diskurse und Rhetoriken in den narrativen Quellen. Resultat dieser Arbeit ist eine umfangreiche Studie über den Kontext von US- Migration und migrantischer Identitätspolitik in der Habsburger Monarchie und den Vereinigten Staaten, über die unterschiedlichen demographischen und identitätspolitischen Charakteristika der MigrantInnen mit unterschiedlichen Muttersprachen, eine Fallstudie über südslavische migrantische Identitätsmanager in den USA und die Entwicklung ihrer öffentlichen Kultur, insbesondere der Presse, ihrer Heiratsmuster und der Unterschiede in Bezug auf interethnische Eheschließungen, sowie auf ihre Integration und Strategien im USArbeitsmarkt, ihre ökonomischen Mittel und Taktiken. Diese Themen werden wir mit konkreten Beispielen und Illustrationen aus unserer Forschung näher darstellen.

Wibke Strahl, Ingrid Machold (Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien)

Internationale Zuwanderung – ein entscheidender demographischer Stabilisierungsfaktor für ländliche Regionen in Österreich

Bisher werden internationale Migrationsprozesse hauptsächlich als ein städtisches Phänomen wahrgenommen und v.a. im städtischen Zusammenhang untersucht. Das Bewusstsein über die steigende Bedeutung von Wanderungsbewegungen für ländliche Regionen hat zuletzt jedoch deutlich zugenommen. Zahlreiche OECD-Länderberichte (u. a. OECD 2009a, OECD 2009b) verweisen auf die steigende Relevanz der internationalen Wanderungsbewegungen und auch die ländlichen Regionen Österreichs sind in den letzten Jahren zunehmend von internationalen Migrations-bewegungen betroffen. Während bei der Binnenwanderung, d.h. den innernationalen Wanderungsströmen, im Allgemeinen die ländlichen (peripheren) Regionen an Bevölkerung verlieren, ist der Außenwanderungssaldo in allen Bezirken Österreichs zumindest leicht positiv. Das Ausmaß und die Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Herkunft in kleinen Gemeinden ist dabei nicht zu unterschätzen: immerhin 21% leben in Gemeinden mit weniger als 5.000 EinwohnerInnen (Statistik Austria 2010). Migrationsbewegungen werden damit zu einem wichtigen regional-politischen Faktor, der in seiner Relevanz für die Entwicklung ländlicher Regionen, v.a. jener die von Schrumpfungsprozessen und den damit verbundenen Herausforderungen der Aufrechterhaltung der Daseinsgrundfunktionen betroffen sind, bisher noch kaum erforscht wurde. In einer aktuellen Auftragsstudie des Bundeskanzleramts der Abteilung IV/4 „Raumordnung und Regionalpolitik“ im Zuge der Schwerpunktaktivitäten der Umsetzung des Österreichischen Raum- entwicklungskonzeptes (ÖREK) „Integration im Raum“ analysiert die Bundesanstalt für Bergbauern-fragen die Wanderungsbewegungen von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft/ Herkunft im Zeitraum von 2002 bis 2010 und untersucht dabei in weiterer Folge auch die Beweggründe für deren Zuwanderung in ländliche Regionen sowie deren Auswirkungen auf die ländliche Wirtschaftsentwicklung und Lebensbedingungen. Innerhalb der ersten Module dieses nationalen Forschungsprojekts „Internationale Migrationsprozesse in ländlichen Regionen Österreichs” wurde dabei folgenden Forschungsfragen nachgegangen:

• Inwiefern haben sich die Wanderungsbewegungen (Außen- und Binnenwanderung) und die damit verbundene räumliche Verteilung von in- wie ausländischen Personen im Untersuchungszeitraum 2002-2010 verändert? Welche Regionen sind dabei durch eine überdurchschnittlich hohe Zuwanderung gekennzeichnet? Gibt es Unterschiede im

Wanderungsverhalten zwischen den einzelnen Herkunftsländer(gruppen) der MigrantInnen?

• Wie verlaufen die „Migrationspfade“ der Personen ausländischer Herkunft sowie der ÖsterreicherInnen zwischen städtischen und ländlichen Regionen? Treten dabei Unterschiede zutage?

Für die Analyse der Wanderungsprozesse dienten als Datenmaterial vorwiegend die von Seiten der Statistik Austria aufbereiteten Datensätze des Zentralen Melderegisters (ZMR) für den Zeitraum 2002-2010 auf Ebene der politischen Bezirke. Das Datenmaterial wurde unter Verwendung der OECD Stadt-Land-Typologie (adaptiert nach Dijkstra und Poelman 2008) auf NUTS 3-Ebene aufbereitet, was eine systematische Darstellung der Wanderungsbewegungen und -muster in unterschiedlichen Typen ländlicher Regionen Österreichs ermöglichte. Die statistische Datenauswertung und -analyse belegt, dass in Österreich, wie in allen anderen EU14-Mitgliedsstaaten die Zwischengebiete (n. OECD-Kategorisierung) die größten Bevölkerungszuwächse durch Zuwanderungen in den letzten Jahren verbuchen (Rural Development Report 2011). Neben den städtischen Regionen profitieren aber auch die ländlichen Gebiete von der Zuwanderung. So ist die Außenwanderung in Österreich überall – auch in den ländlich peripheren Regionen – positiv, weswegen negative Binnenwanderungssalden aufgehoben bzw. abgemildert werden. Dabei treten räumliche Unterschiede bei den Wanderungsmustern und -pfaden zwischen der inländischen und ausländischen Bevölkerung zutage. Bei den zugewanderten Personen änderten sich zudem innerhalb des letzten Jahrzehnts die Herkunftsländergruppen (Verschiebung von Ex- Jugoslawien und Türkei hinzu EU26-Mitgliedsstaaten), was zu Veränderungen der Bevölkerungsstruktur bei den nach Österreich zugewanderten Personen führt. Ziel des gegenständlichen Beitrags ist es, das Ausmaß internationaler Migrationsbewegungen auch in den ländlichen Regionen Österreichs sichtbar zu machen, Unterschiede im Wanderungsverhalten innerhalb der in- und ausländischen Bevölkerung, aber auch zwischen den verschiedenen Herkunftsländergruppen der MigrantInnen darzulegen und deren Migrationspfade (Binnen- wanderung) abzubilden.

Wilfried Datler, Regina Studener-Kuras, Valentina Bruns (Institut für Bildungswissenschaft,

Universität Wien)

Das Vergnügen am Fremden und die Entwicklung von Sprachkompetenzen im Bereich der Zweitsprache Deutsch

Aus einem interdisziplinären Projekts zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Migration, Integration und Sprachentwicklung im Kindergarten.

In einer Vielzahl von Studien, die dem Thema der Entwicklung von sprachlichen Kompetenzen gewidmet sind, finden sich Hinweise auf die Bedeutung von Emotionen für den Prozess des Spracherwerbs. Es finden sich allerdings wenige Studien, in denen dieser Aspekt ins Zentrum des Forschungsinteresses gerückt oder gar in seiner Bedeutung für den Erwerb von Kompetenzen im Bereich der Zweitsprache Deutsch genauer untersucht wird. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen eines zweijährigen, interdisziplinär konzipierten Forschungsprojekts vier Einzelfallstudien erstellt, in denen genau dieser Aspekt im Fokus des Forschungsinteresses stand. Im Mittelpunkt einer jeden Einzelfallstudie stand ein Kind im Alter von drei bis fünf Jahren, das einer Familie mit Migrationshintergrund angehört, dessen Erstsprache Türkisch ist und das mit geringen Deutschkenntnissen mit dem Besuch eines Kindergartens begann. Mit Bezug auf das erste Jahr des Kindergartenbesuchs wurden unter Anderem folgende Fragen untersucht:

➢ Wie veränderten sich die Kompetenzen der Kinder im Bereich der Zweitsprache Deutsch?

➢ Welcher Zusammenhang kann zwischen diesen Veränderungen und der Art und Weise ausgemacht werden, in der die Kinder ihre Situation im Kindergarten und in Verbindung damit die Beziehungserfahrungen erlebten, die sie im Kindergarten mit anderen Kindern sowie mit Pädagoginnen machten?

Diese Fragen werden vor dem Hintergrund der Analyse von Daten diskutiert, welche – in Kooperation mit Mitarbeitern des Instituts für Sprachwissenschaft - mit Hilfe des Einsatzes der ethnographischen Methode der Young Child Observation nach dem Tavistock Konzept, der videographische Erfassung von Interaktionen im Kindergarten und der Verwendung von Sprachentwicklungstests gesammelt wurden.

Im Vortrag wird insbesondere am Beispiel eines vierjährigen Mädchens dargestellt, in welcher Weise die Begegnung mit der deutschen Sprache als eine Begegnung mit etwas Fremdem erlebt wird und in welcher Weise das zunehmende Vertrautwerden mit dem Fremden davon abhängig ist, ob die Auseinandersetzung mit dem Fremden - in

Abhängigkeit von den vielgestaltigen Beziehungserfahrungen im Kindergarten - als „vergnüglich“ erlebt werden kann. Vor diesem Hintergrund wird mit kritische Bemerkungen geschlossen, welche den Auftrag zur gezielten Sprachförderung betrifft, den Kindergärten zu erfüllen haben, sowie den Gebrauch der Kategorie der „Integrationswilligkeit“ betrifft, die im politischen Diskurs der letzten Jahre Verwendung gefunden hat.

Barbara Tiefenbacher (Institut für Soziologie, Universität Wien)

Temporäre Bettelmigrationen von Roma und Romnija in die Steiermark

Die Präsenz bettelnder Menschen aus postkommunistischen Ländern im öffentlichen Raum sorgt seit geraumer Zeit immer wieder für Aufsehen und Irritation, und obwohl die in den letzten Jahren geführten Diskussionen auf die hohe gesellschaftspolitische Relevanz des Themas hinweisen, gibt es bis dato kaum wissenschaftliche Untersuchungen zur Bettelmigration nach Österreich. Bislang näherten sich lediglich einige wissenschaftliche Abschlussarbeiten (vgl. etwa die DA von Ferdinand Koller, Marion Thuswald (beide Uni Wien) oder die DA von Martin Woller (Uni Innsbruck)) – aus unterschiedlicher Perspektive – dieser Thematik. Der vorliegende Beitrag, der auf einer an der Uni Graz durchgeführten Studie beruht, möchte daher an der Schließung dieses Desiderats mitwirken. Die dabei verwendeten Daten konnten im Zeitraum vom September 2010 bis Februar 2011 durch teilnehmende Beobachtung und semi-strukturierte Interviews auf Deutsch und Tschechisch/Slowakisch mit Bettler_innen, NGO-Vertreter_innen und Politiker_innen sowohl in Graz als auch in den slowakischen Herkunftsregionen der Bettler_innen gewonnen werden.1 Der geplante Beitrag beschäftigt sich konkret mit der seit über 15 Jahren andauernden Bettelmigration aus der slowakischen, zweisprachigen (slowakischungarisch) Region Gemer/Gömör nach Graz. Dabei kann festgehalten werden, dass die Bettler_innen sowohl in ihren slowakischen Herkunftsregionen als auch in Graz der Romani Community zugerechnet werden. In Graz führte diese Ethnisierung sogar im öffentlichen/medialen Sprachen zu einer Gleichsetzung der Termini „Roma“ und „Bettler“. In diesem Beitrag sollen nun die Gründe für die transnationale Migration, die sich in sozioökonomischen als auch in gesellschaftspolitischen Aspekten (hervorgerufen durch die politischen Umbrüche 1989) finden lassen, erörtert werden. Aufbauend darauf wird die Lebensrealität der temporär in Graz lebenden Bettler_innen analysiert werden sowie das sich zwischen Graz und den slowakischen Herkunftsregionen aufspannende transnationale Netzwerk. Hierbei wiederum wird der Fokus nicht nur auf die Migrant_innen, die sich in diesem Netzwerk bewegen, gelegt sondern auch auf österreichische NGO-Aktivitäten, durch die sowohl in Graz als auch in den slowakischen Herkunftsregionen Einfluss auf die Migrationsbewegungen genommen wird.

1 In diesem Kontext möchte ich anmerken, dass seit 3. Mai 2011 ein generelles Bettelverbot in der Steiermark

in Kraft ist. Viele der ehemaligen Bettler_innen konnten in der Zwischenzeit auf den Verkauf von Straßenzeitungen (Megaphon und Global Player) umsteigen. Die Auswirkungen des Bettelverbots müssen jedoch noch einer genaueren Untersuchung unterzogen werden.

Florian Trauner, Ariadna Ripoll Servent (Universität Wien)

EU asylum law before and after communitarisation: Do supranational institutions make a difference?

European Union (EU) asylum law has become an increasingly important reference point for domestic policy-making in Austria and other EU member states. After the entry into force of the Amsterdam Treaty (1999), the EU embarked on the objective of creating a Common European Asylum System (CEAS) implying the harmonisation at EU level of the national standards and procedures of individual member states. The Amsterdam Treaty, however, introduced a transitional period of five years until the application of the Community method in the Justice and Home Affairs field. Until 2005, the powers of the Commission and the European Parliament (EP) were restrained, the Council kept unanimity voting and European Court of Justice (ECJ) had strict limits of competence. The EU's legal output achieved under these conditions met with strong criticism from both the sidelined EU institutions and civil society organisations. The different legal texts would reflect lowest common denominators outcomes, thereby reducing the domestic asylum protection standards in those member states which previously had more liberal regimes. Following the end of the transitional period, the legislative texts adopted between 1999 and 2005 have become subject to a recast exercise aiming to go beyond the common minimum standards of the first phase and develop fully harmonized EU asylum rules. This review offered a very rare opportunity to the, by then, empowered Commission and EP to introduce changes in the first-phase legislation. This lecture presents the findings of a collaborative research project (P 23341-G 11) funded by the Austrian Science Fund (FWF) on the impact of supranational institutions in EU justice and Home Affairs. The research has systematically investigated whether the introduction of co- decision has made a difference on the development of EU asylum law. Concretely, we have analysed the position and impact of each of the three institutions involved in the legislative process (Commission, Parliament and Council) on EU asylum law along two dimensions: firstly, a substantive one focusing on the policy content (liberal vs restrictive); and secondly, an institutional one elaborating on the degree and type of European integration (positive vs negative integration). The main argument is that the 'policy core' of EU asylum law has maintained a high degree of continuity, regardless of the institutional changes. The most substantial changes have taken place in the position and policy preferences of the supranational institutions, in particular of the EP. Whereas the EP constantly advanced liberal asylum positions before communitarisation, it has moved towards the more restrictive approach of the Council after communitarisation. The latter has been the institution whose preferences have changed the least over time, with the Commission somewhat in-between the other

two institutions. Whereas the substance of EU asylum law (restrictive vs. liberal) was central to the inter-institutional discussions of the first phase of EU asylum law development (1999-2005), this dimension has lost salience in the current recast operation. In substantive terms, EU asylum law seems to have settled on the restrictive side. The core of the inter- institutional debate has moved to the institutional dimension, i.e. trying to determine the most adequate modality of cooperation and integration. These findings are not only of relevance to understand the dynamics at EU level but also to what kind of external influences Austrian asylum and migration policies are exposed.

Daniela Hochfellner, Anja Wurdack, Carola Burkert (Institut fu r Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Determinanten des Austritts aus Arbeitslosigkeit: Ältere Migranten und Deutsche im Vergleich

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Verbleib älterer Personen mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund, nachdem sie Arbeitslosengeld I bezogen haben. Des Weiteren sollen Anregungen fu r eine bessere Arbeitsmarktintegration geliefert werden um somit das Risiko der Altersarmut zu reduzieren. Abschließend werden die gewonnenen Ergebnisse mit Daten des österreichischen Arbeitsmarktes verglichen. Ältere Personen befinden sich in einer schlechteren Arbeitsmarktposition im Vergleich zu Personen ju ngerer Kohorten. Die Erwerbsquote von Personen im Alter zwischen 55 und unter 65 beträgt 2010 62 Prozent. Trotz der in den letzten Jahren steigenden Erwerbsbeteiligung älterer Personen ist dies ein Indikator fu r eine nicht zufriedenstellende Arbeitsmarktintegration. Zusätzlich fu hrt die kontinuierliche Alterung der Gesellschaft zu einer Erhöhung des Anteils älterer Personen, die auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren. Da der relative Zuwachs der älteren mit Migrationshintergrund, bedingt durch die Phase der Gastarbeiteranwerbung sowie dem Familiennachzug größer ist als der in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Insgesamt wird sich die Zahl der in Deutschland lebenden älteren nach der Bevölkerungshochrechnung bis ins Jahr 2030 weiter verdoppeln. Die skizzierte Situation stellt vor allem Migranten und Migrantinnen vor Probleme hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktintegration. Der demographische Wandel findet auch zunehmend in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund Einfluss. Die grundsätzlich problematische Arbeitsmarktintegration von Personen mit Migrationshintergrund wird dadurch im Alter noch verstärkt. Ältere Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten erfahren somit eine doppelte Benachteiligung am Arbeitsmarkt im Vergleich zu der deutschen Bevölkerung. Die schlechte Arbeitsmarktintegration von Personen mit Migrationshintergrund ergibt sich zum Großteil durch nicht anerkannte Bildungsabschlu sse im Herkunftsland, Sprachbarrieren oder mangelhafter Qualifikation. Häufig sind ihre Erwerbsbiographien durch hohe Arbeitslosigkeit oder kurzfristige Beschäftigungen gekennzeichnet. Demnach ist ein erheblicher Anteil der Migrationsbevölkerung im höheren Alter auf Leistungen des Sozialgesetzbuch Zweites Buch - Grundsicherung fu r Arbeitsuchende - (SGB II) angewiesen. Die daraus resultierende geringere finanzielle Ausstattung ist mit einem erhöhten Risiko der Altersarmut verbunden. Um das Abrutschen in Altersarmut zu vermeiden, ist es daher wichtig sozialstaatliche Hilfe zu leisten um den Betroffenen den Weg aus dem SGB II zu erleichtern. Neben der finanziellen Unterstu tzung der älteren Personen durch das SGB II soll eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mittels arbeitsmarktpolitischen

Maßnahmen gefördert werden. Dazu zählt beispielsweise die Vermittlung der betroffenen Personen in „Ein-Euro-Jobs“. Es stellt sich somit die Frage, in welchen Zustand ältere Personen mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund wechseln, nachdem diese Arbeitslosengeld I bezogen haben. Finden die Betroffenen wieder zurück auf den Arbeitsmarkt oder gehen sie in den SGB II Bezug u ber. Erfolgt ein Übergang in SGB II bleibt zu klären, ob diese dauerhaft im SGB II Bezug verbleiben oder mittels Maßnahmeförderung wieder zu einer schnelleren Partizipation am Arbeitsmarkt finden. Der Schwerpunkt der Analysen beschäftigt sich mit Übergängen von Beziehern von Arbeitslosengeld I in ungeförderte Beschäftigung oder in den Bezug von Sozialleistungen nach SGB II. Unsere Analysen bestätigen die in der Literatur gefundenen Hinweise auf eine schlechtere Qualifikationsstruktur von Migranten. Des Weiteren zeigen wir, dass mehr als 50 Prozent der Migrantinnen und Migranten mindestens einmal von Arbeitslosigkeit betroffen waren und durchschnittlich um ein halbes Jahr länger in Arbeitslosigkeit als Deutsche verweilen. Die geschätzten Verweildauermodelle zeigen, dass ältere Personen mit Migrationshintergrund nach Arbeitslosigkeit häufiger im Sozialleistungsbezug enden, statt eine neue Beschäftigung aufzunehmen.

Margret Steixner, Susi Zoller-Mathies (Sozialpädagogisches Institut, SOS-Kinderdorf; EZW Innsbruck)

Zum Einfluss kultureller Faktoren auf die Betreuungsbeziehung

In diesem Vortrag möchten wir die Ergebnisse einer Studie präsentieren, die vom Sozialpädagogischen Institut von SOS-Kinderdorf Österreich durchgeführt wurde. Gegenstand der forschenden Auseinandersetzung waren Jugendliche in Fremdunterbringung. Dabei wurde der Einfluss, den kulturelle Faktoren auf die Betreuungsbeziehung haben, mithilfe quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden untersucht. Es wurden eine Online-Befragung sowie Einzel- und Gruppeninterviews durchgeführt. Einem dynamischen Kulturbegriff folgend, wurde erforscht welche Funktion Zugehörigkeiten für Jugendliche im Fremdunterbringungskontext haben und an welchen Wertemodellen sich insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund orientieren. Es wurde deutlich, dass Jugendliche in Fremdunterbringung teilweise mit stark divergierenden Werten konfrontiert sind, was zu Verunsicherungen bzw. zur Ablehnung eines Teils ihrer Identität führen kann. In dieser Studie wurde deutlich, dass Beziehungen (in der Peer-Group, mit der Familie etc.) wesentlich zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund erlangen diese eine besondere Bedeutung und sollen deshalb im Betreuungsumfeld verstärkt unterstützt werden. Beziehungen geben den Jugendlichen Halt, sie beinhalten soziales Feed-back, was wesentlich zur Ausbildung eigener Haltungen und Einstellungen beiträgt. Welchen Einfluss diese Beziehungen auf die Entwicklung der Persönlichkeit haben, soll in diesem Vortrag vorgestellt werden. Diese sollen auf drei Ebenen beleuchtet werden.

1. auf der Ebene der Betreuungsbeziehung, 2. auf der Ebene der Peer-Group-Beziehungen, 3. auf der Ebene der Beziehungen zum Herkunftssystem.

Der Prozess des Erwachsen-Werdens, der indirekt von Kultur beeinflusst wird, soll im Falle von Fremdunterbringung sozialpädagogisch unterstützt werden. Deshalb werden wir im Vortrag neben der Darstellung der Ergebnisse der Studie auch die Konsequenzen für die sozialpädagogische Praxis erläutern und sinnvolle Handlungsansätze beispielhaft vorstellen.